

# Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

## ■ Mit Hartz IV ins Abseits

Das geplante Arbeitslosengeld II wirft peinliche Fragen auf.

Landtagsabgeordneter Dr. Dietmar Pellmann drängt auf Antwort. **Seite 3**

## ■ Panzer nun doch in der Heide

Bruch eines Versprechens: Sachsen-Anhalts Regierung erlaubt militärische Nutzung des Südtails der Colbitz-Letzlinger Heide.

**Seite 7**

## ■ Popstar Rilke?

„Gar nicht voyeuristisch oder denunziatorisch“ will ein neues Buch über Rainer Maria Rilke verstanden sein.

Ein Germanist sieht das anders.

**Seite 11**

12

2004

12. Jahrgang

11. Juni

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

# THESENANSCHLAG FÜR EINE NEUE REFORM(ATION)



DR. MARTIN LUTHER höchstpersönlich unterstützte am 2. Juni Prof. Peter Porsch, PDS-Spitzenkandidat für den sächsischen Landtag, und Dr. Lothar Tippach, PDS-Kandidat für den neuen Stadtrat, als sie 10 Gebote für attraktive sächsische Kommunen an die Leipziger Rathaußtür schlugen. Ein bisschen kleingeistig wollte das der Beigeordnete für Allgemeine Verwaltung, Andreas Müller, verhindern. Aber da stand der echte Reform(ations)wille der PDS-Leute vor.

Seite 6

Foto: G. Märker

## Leipzig in Europa

DU HAST DIE WAHL.

**Leipzig am 13. Juni 2004:** Das Olympia-Debakel hat den behördlich verordneten Optimismus umgekippt, und die Alltagsprobleme der Kommunalpolitik verschaffen sich wieder nachdrücklich Einfluss. Der Bauboom um den Markt kaschiert die Auszehrung der Stadt. Das Regierungspräsidium mahnt für die nächsten Jahre strenge Sparsamkeit an. (Regiert sie nicht schon seit Jahren, kann es noch schlimmer kommen?) Korruptionsskandale und Ämterpatronage vergiften die öffentliche Atmosphäre. Gegen die unaufhörlich anschwellende Arbeitslosigkeit finden weder Landes- noch Stadtväter ein Mittel. Das neue Fußballstadion scheint dümmige Jahre vor sich zu haben, die nur kurz unterbrochen werden. Die Wahlversprechen der Parteien der faktisch regierenden Rathauskoalition sind so hohl wie die öffentlichen Kassen und so fadenscheinig wie die Ärmelschoner der Kommunalbediensteten.

WAS TUN? FRAGE DANACH, welche Partei in ihrem Kommunalwahlprogramm stehen hat: „Leipzig bedarf dringend eines kommunalpolitischen Wandels. Im Mittelpunkt der Stadtpolitik muss die Sicherung und Förderung der Lebensqualität stehen, statt sich auf Großereignisse und Leuchttürme zu konzentrieren.“

**Europa am 13. Juni 2004.** Die ersten Reflexe der Osterweiterung der EU lassen die heraufziehende Eintrübung ahnen. Der Osten Europas wird erobert wie der Osten Deutschlands – mit Kapital, in all seiner Brutalität und Skrupellosigkeit. Dabei werden die neuen Bundesländer nochmals geschöpft. Und für den Machtkampf in der Welt werden die Waffen geschärft: Aufbau einer Eingreiftruppe, nationale Rüstungsschubs ...

Ein Stoppen und Umkehren dieses Kurses werden ohnehin schwer, ohne starke linke Kräfte im EU-Parlament werden sie schier unmöglich.

FRAGE DANACH, wer in seinem Europawahlprogramm bekundet: „Wir wollen eine Europäische Union, die der Vollbeschäftigung und dem sozialen Fortschritt ... höchste Priorität beimisst, mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik bricht ... Wir wollen eine Europäische Union, die ... Krieg und militärische Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten ablehnt, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, ihre Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellt ...“

NUN WÄHLE!

• KURT RECHT

## Die FDP und die Sozialneider

Die Besserverdienenden, klassenkampfmäßig organisiert in der FDP, haben in Dresden getagt. Was sie „offensive Programmdebatte“ nennen, um aus dem ihrem Bevölkerungsanteil gemäßen Stimmentief herauszukommen, stellt alle Sozialabbau-Bemühungen der derzeitigen rot-grünen Koalition in den Schatten. Logisch – die FDP ist schließlich das Original. Sie ist sozusagen das Wirtschaftsinteresse in Person. Weshalb Guido Westerwelle die gesetzlichen Versicherungen privatisieren und die „Neidgesellschaft in Deutschland“ durch „eine neue, frische Anerkennungskultur“ ersetzen will. Heißt: Die arbeitenden Neidhammel sollen sich bitteschön daran gewöhnen, dass ihnen ihre Ausbeuter nicht in aller Ewigkeit die Sozial- und Rentensysteme mitfinanzieren können. „Für eine freie und faire Gesellschaft“ – so denn die Überschrift zum Parteitage-Leitantrag. Ich würde gerne sehen, wer am 13. Juni sein Kreuzchen bei der FDP macht – bloß, um nicht als neidisch zu gelten.

• M. WARTELSTEINER

## Ein Lob, das schmerzt

Seit zwei Jahren läuft unter dem Namen „Poleposition“ ein Projekt, das Arbeitslose der mitteldeutschen Region auf das Einstellungsverfahren von BMW Leipzig vorbereitet. Wer sich bewirbt (über [www.jobimpuls.de](http://www.jobimpuls.de)), hat einen wahren Hürdenlauf zu meistern. Bis Ende 2003 trafen 4100 Bewerbungen ein. Nach Sichtung der biografischen Fragebögen, Eignungstests, „Interviews“ und Prüfung im „Assessment Center“ blieben 430 Bewerber im Rennen, nach Praktikum in Bayern 389. Davon wurden 377 ausgewählt und schließlich 360 eingestellt – hauptsächlich im Bereich Fertigung von BMW Leipzig. 31 Teilnehmer fanden eine Anstellung in anderen Unternehmen der Region. Inzwischen bewarben sich weitere 2800 Arbeitslose.

Als die Projektgründer vorige Woche diese Bilanz mitteilten, hoben sie dreierlei hervor: die etwas gestiegene Zahl von beteiligten Frauen, den Anteil der über 40-Jährigen und – die fachlichen Qualitäten der bisher Erwerbslosen. Vielsagend ein Anruf aus einem bayrischen Werk, wo Bewerber auf die spätere Arbeit vorbereitet werden: „Habt ihr nicht noch mehr?“ Gemeint waren Fachkräfte vom Poleposition-Projekt, herangebildet in der DDR.

Das Lob erfreute – und schmerzt zugleich. Macht es doch bewusst, welche Potenzen dem Land infolge von Ausverkauf und Abriss der ostdeutschen Industrie verloren gingen. Und zu welchen menschlichen Tragödien die Privatisierungspolitik der Regierung Kohl und der Treuhand geführt hat.

• G. BRAUN

## Kindertag und Kindersklaven

Mehr als 100 000 Mädchen und Jungen werden laut internationaler Schätzungen jeden Monat weltweit verkauft. Damit hat der Handel mit Kindern eine bestürzende Größenordnung angenommen. Er stelle „eine moderne Form des Sklavenhandels dar“ – so das Fazit einer Studie des developmentspolitischen Kinderhilfswerks „terre des hommes“, die pünktlich zum Internationalen Kindertag in Berlin vorgestellt wurde.

Dabei betreffe Kinderhandel kaum mehr Einzelfälle, sondern geschehe prozesshaft zum Zwecke der Ausbeutung durch Zwangsarbeit oder Prostitution. Ursache ist eine weltweite Verelendung, die immer weniger Familien ihren Kindern sichere Obhut, geschweige denn materielle Sicherheit bieten lässt. In dieser schrecklichen Lage agieren dann die „Vermittler“ und bieten relativ harmlos klingende Auswege für minderjährige Familienmitglieder an. Tatsächlich aber müssen die Kinder brasilianischen Regenwald abholzen, auf westafrikanischen Kakaopflanzungen schuften, in thailändischen Bordellen Sextouristen zu Diensten stehen oder die enorm gestiegene Nachfrage kinderloser deutscher Paare nach adoptierbaren Kindern bedienen, so „terre des hommes“.

Auch der NATO-Krieg gegen Jugoslawien und die andauernde Besetzung des Kosovo beförderten das Geschäft mit den Kindern. Bekannt ist, dass zahlreiche verschleppte Mädchen KFOR-Soldaten in Bordellen zur Verfügung stehen. Aktuell warnt „terre des hommes“ vor zunehmendem Kinderexport von Albanien ins olympische Griechenland. Seit 2001 führt „terre des hommes“ eine weltweite Kampagne. Ihr Ziel: Der Handel mit Kindern muss als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden. • MX

## Keine Stimme verschenken!

Die Wahllokale sind am 13. Juni 2004 in der Zeit von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Zur Stimmabgabe sind **Personalausweis** und **Wahlbenachrichtigung** im Wahllokal vorzulegen.

### Zur Europawahl

- Auf dem Wahlschein darf nur **einer Partei** die Stimme gegeben, d. h. nur bei einer Partei ein Kreuz gemacht werden.
- **Streichungen, Unterstreichungen, handschriftliche Bemerkungen u. ä. würden den Wahlschein ungültig machen.**

### Zur Kommunalwahl

Jeder Wähler hat **drei Stimmen**, die einer Person zugeordnet werden können (XXX) oder mehreren (XX X oder: X X X).

## Handwerk:

## Kein Ende der Leidenszeit

Ebenso wie die Arbeitsagentur musste auch die Handwerkskammer eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage bestätigen. 615 von 11 003 Unternehmen reichten Antworten auf die Fragen zur Frühjahrsanalyse ein. Damit sind die Ergebnisse verlässlich. Die geringe Aufhellung vom Vorjahr war nur eine kurze Sonderkonjunktur, die aus der Beseitigung der Flutschäden resultierte. Durchschnittlich 21 Prozent schätzen ihre Geschäftslage als „gut“ ein; ein Prozent mehr als im Herbst. Dafür beurteilen 37 Prozent ihre Lage als „schlecht“ – ein Anstieg von vier Prozent. Am günstigsten schnitt noch das Metallgewerbe mit 33 Prozent „gut“ und 22 Prozent „schlecht“ ab. Am ungünstigsten ist die Lage im Gewerbe für persönliche Ausstattung (Uhrmacher, Damen- und Herrenschneider) mit 6 Prozent „gut“ und 50 Prozent „schlecht“. Das Strohfeuer in der Baubranche wurde jäh gelöscht. Die Punkte gingen um 14 Prozent ins

Negative – mit erheblichen Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahl. Sie sank von durchschnittlich 8,7 im Herbst auf 7,1. Das bedeutet Personalabbau von 15 000 Mitarbeitern.

Infolge der schlechten Auftragslage, der Zahlungskriminalität, aber auch der gestiegenen Öl- und Stahlpreise gaben 86 Betriebe auf, 52 davon wegen Insolvenz.

Ungute Gefühle hegt Handwerkerchef Drischka beim Blick auf die mittelfristige Finanzplanung (bis 2008) für Investitionen der bankrotten Stadt Leipzig, die von ehemals 350 Millionen auf dürftige 34 Millionen zurückgefahren werden. Auch daraus werden sich bedenkliche Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bürger ergeben. Solch miserables Zahlenwerk, wie es die Frühjahrsanalyse darstellt, hat in 40 Jahren DDR kein einziger Handwerker sehen müssen. Dennoch darf weiter vom Wirtschaftswunder geträumt werden.

• J. SPITZNER

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Mai

## Anhaltend frühjahrs müde

Für einen Frühjahrsmonat wie Mai ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Agenturbezirk **Leipzig** gegenüber April um 676 (0,1 Prozentpunkte) auf 73 543 recht bescheiden. Damit ist die Tendenz in Leipzig noch ungünstiger als in **Sachsen** und ganz Ostdeutschland, die sich wenigstens um 0,3 bzw. 0,4 Prozentpunkte verbessern konnten (Sachsen absolut auf 393 000). Aber auch das muss man noch als ausgesprochen frühjahrs müde bezeichnen. Leipzigs Arbeitsagenturchef Dr. Meyer nannte für die träge Entwicklung in Leipzig vor allem zwei Gründe: die die schwache Industrie, unbeschadet der Ansiedlung von Porsche und BMW, und die Schwäche der Baubranche.

Der nach wie vor geringe Bestand und geringe Zugang von freien Stellen lässt auch für die nächsten Monate keine großen Sprünge erwarten. ABM- und Weiterbildungsstellen bewegen sich weiter auf dem gegenüber dem Mai des Vorjahres stark abgesunkenen Stand (ABM 2003: 4029, 2004: 2678).

Auch vom Ausbildungsstellenmarkt kommen keine mutmachenden Nachrichten. Im Mai waren 4676 der 7804 Bewerber für einen betrieblichen Ausbildungsplatz noch nicht versorgt.

• G. L.

## 10 Jahre

## Ehemaligen-Treffen der Leipziger Kirow-Werker

einfach wichtig, weil dieses Stück Arbeitsleben ihr Leben überhaupt darstellt. Die Anerkennung der persönlichen Leistung im Gespräch und der sogar immer stärker werdende Gemeinschaftssinn bauen die ansonsten mitunter inzwischen recht einsamen Kollegen unheimlich auf.“ Durchschnittlich 10 Prozent der rund 2500 Kirow-Werker von 1989 kommen so jedes Jahr aus dem gesamten Bundesgebiet zum Familientreffen ans heimatliche Pleiße-Wehr.

Nächste Folge: 6. Juni 2005 am selben Ort, aktuelle Informationen unter [www.liebichs.de/kirow](http://www.liebichs.de/kirow).

Unten: Die Initiatoren und Hauptorganisatoren v.l.n.r.: Elfriede Blaurock, Gertraude Kandler, Renate Michel, Rolf Schramm, Siegfried und Renate Sallowsky, Johannes Hempel und Heidi Voigt (verdeckt), Fritz Michel, Heinz Feyerabendt (unten), Klaus Puttrowait

TEXT UND FOTO:  
REINHARD LIEBICH





Die Pfingstaktion der Leipziger PDS, ihre Wahllosungen am Geländer des (bereits für den Abriss gesperrten) Blauen Wunders anzubringen, war ein voller Erfolg. Ord-

nungshüter waren erst nach den Feiertagen wieder unterwegs und entfernten das Ärgernis. Denn das muss es gewesen sein, blieb doch das CDU-Plakat hängen. Foto: Märker



... und beginnen gleich mit dem Zudecken der SPD – die FDP ist eben so frei. Und die CDU, programmatisch eher schwach auf der Brust, liebt Leipzig so sehr, dass sie hemmungslos ihre Papptafeln auch an schöne alte Laternen hängt. Fotos: Digger



## Von DIETMAR PELLMANN

Die Schrödersche Agenda 2010 markiert die tiefsten Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme seit Jahrzehnten. Sie wird nach der Methode „Teile und herrsche!“ Schritt für Schritt umgesetzt. Schon die bisher in Kraft gesetzten so genannten Reformen treffen Millionen Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart. Das gilt für die Praxisgebühr sowie die enorm gestiegenen Zuzahlungen für Medikamente und Heilmittel. Mit der Entrichtung des vollen Beitragssatzes für die Pflegeversicherung sowie der für 2004 verhängten Nullrunde werden Ältere, die ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich aus den Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten, zusätzlich belastet. Und das ist offensichtlich erst der Anfang, denn weitere gesetzliche Bestimmungen, die zu einer Verschlechterung der Lebenslage von Rentnern führen werden, sind bereits auf den Weg gebracht. Obwohl es in den letzten Jahren bereits erhebliche Belastungen für Arbeitslose gegeben hat, wird mit dem ab 1. Januar 2005 geltenden so genannten Hartz-IV-Gesetz die Entrechtung von Menschen, die eine Arbeit suchen, in einer Weise fortgesetzt, wie es viele Betroffene bis heute für unmöglich halten. Das mag damit zusammen hängen, dass in den Medien sowie in Parlamentsdebatten meist im Vordergrund steht, welche zusätzlichen Belastungen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Kommunen zukommen. Auch die PDS ist der Auffassung, dass den Kommunen angesichts katastrophaler Haushaltslagen keine zusätzlichen Ausgaben aufgebürdet werden dürfen. Die sächsischen Kommunen rechnen durch Hartz IV mit Ausgabensteigerungen von ca. einer hal-

ben Milliarde Euro im Jahr. Für Leipzig wird mit mindestens 42 Millionen Euro gerechnet, was allerdings an der untersten Grenze liegen dürfte. Damit sind die ursprünglichen Hoffnungen vieler Kommunen, durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer spürbaren Entlastung der Haushalte zu kommen, wie eine Seifenblase zerplatzt. Selbst wenn es noch zu einer Aufsto-

● Wie viele der etwa 180 000 Empfänger von Arbeitslosenhilfe werden in Sachsen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben? Da, wie bei der originären Sozialhilfe die Mitglieder so genannte Bedarfsgemeinschaften gegenseitig veranlagt werden, dürften nicht wenige bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe überhaupt keine Leistungen mehr erhalten, weil das Einkommen des Lebenspartners

legung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe den Bundeshaushalt um jährlich mindestens fünf Milliarden Euro entlasten.

● Nach welchen konkreten Kriterien wird entschieden, wer arbeitsfähig ist und damit Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat? Offiziell gilt als arbeitsfähig, wer in der Lage ist, mindestens drei Stunden in der Woche zu arbeiten. Es ist jedoch damit

sie die neuen Bestimmungen wohl kaum ignorieren.

● Welche Auswirkungen wird Hartz IV auf den Arbeitsmarkt und die Kaufkraftentwicklung haben? Mit diesem Gesetz entstehen keine Existenz sichernden Arbeitsplätze. Mehr noch: In Ostdeutschland ist eher mit einer Vernichtung von Arbeitsplätzen zu rechnen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: Nach Angaben des sächsischen Einzelhandelsverbandes wird pro Jahr mit einem Kaufkraftverlust von 700 Millionen Euro für den Freistaat gerechnet. Damit dürfte die Existenz zahlreicher Händler und Handwerker bedroht sein. Auch die Bereitstellung von so genannter gemeinnütziger Arbeit durch die Kommunen bringt Empfänger von Arbeitslosengeld II zwar in Beschäftigung, allerdings lediglich zu einem „Stundenlohn“ von 1,25 Euro.

# Millionenfache Armut als Motor für die Wirtschaft?

... und andere peinliche Fragen, denen sich eine menschenverachtende Sparpolitik nicht stellt

ckung der Bundeszuweisungen kommen sollte, wird es wohl kaum zu einem völligen Verlustausgleich kommen, zumal überhaupt noch nicht sicher ist, ob das Land die Bundesmittel auch in voller Höhe an die Landkreise und kreisfreien Städte weiter reicht.

Viel wichtiger ist jedoch, welche Auswirkungen Hartz IV auf die betroffenen Menschen haben wird. Die PDS rechnet in Sachsen mit einem erheblichen Anstieg der Zahl derer, die in Armut fallen werden. Dabei ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch für uns kaum möglich, Voraussagen bis ins letzte Detail zu treffen. Nach wie vor nicht völlig geklärt sind folgende Fragen:

● Wie viele Menschen werden in Sachsen das künftige Arbeitslosengeld II in Höhe von 331 Euro im Monat (plus Kosten für Unterbringung) erhalten? Vorsichtige Schätzungen gehen von etwa 300 000 Menschen aus.

(nicht nur des Ehepartners) herangezogen wird.

● Wie viele bisherige Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen künftig Arbeitslosengeld II? Hier scheinen die Schätzungen, die auch von der Leipziger Stadtverwaltung vorliegen, sehr optimistisch zu sein. Es besteht die Hoffnung, dass von den gegenwärtig etwa 17 000 Bedarfsgemeinschaften der Sozialhilfe nur 4500 auch weiterhin Sozialhilfe, die künftig Sozialgeld heißt, erhalten werden. Dass die Stadt Leipzig mit einer so niedrigen Zahl operiert, ist verständlich, denn für die Zahlung des Sozialgeldes ist ausschließlich die Kommune zuständig. Ob diese Schätzung jedoch den Realitäten standhält, ist äußerst fraglich, denn die Bundesagentur für Arbeit, die für die Zahlung von Arbeitslosengeld II zuständig ist, hat sich selbst einen Sparkurs verordnet. So soll die Zusammen-

zu rechnen, dass vor allem ältere Langzeitarbeitslose von den Arbeitsagenturen nicht mehr als vermittelbar eingestuft werden und damit das von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu zahlende Sozialgeld erhalten werden. Auf der anderen Seite dürften beileibe nicht alle bisherigen Sozialhilfebezieher im arbeitsfähigen Alter als arbeitsfähig eingestuft werden.

● Wie restriktiv werden die Sozialämter bei der Anerkennung „angemessenen“ Wohnraumes für Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie Sozialgeld verfahren? Wer als Einzelperson eine Wohnung von mehr als 45 Quadratmetern hat (bei 2 Personen 60 Quadratmeter), dem kann der Umzug in eine kleinere Wohnung verordnet werden, wobei es zunächst ein halbes Jahr Bestandsschutz gibt. Da die Kommunen die Kosten für Unterkunft und Heizung zu erstatten haben, dürften

Für diese zu erwartenden Einschnitte in die Lebensverhältnisse Hunderttausender ist freilich die gegenwärtige Bundesregierung hauptverantwortlich. Allerdings waren die Christdemokraten nicht nur Geburtshelfer, sondern aktiv am Zeugungsakt beteiligt. Deshalb war es schon makaber, welche große Krokodilstränen CDU-Redner auf der Sitzung des Sächsischen Landtages am 27. Mai vergossen. Und geradezu hohnsprechend klingt die Antwort der sächsischen Sozialministerin Helma Orosz auf eine von mir gestellte Anfrage vom 12. Mai diesen Jahres: „In Anknüpfung an die bereits mehrfach zur Sozialhilfe vertretene Auffassung geht die Staatsregierung davon aus, dass allein der Bezug von Grundsicherung für Arbeitssuchende (gemeint ist das Arbeitslosengeld II – D. P.) nicht Ausdruck von Armut ist. Durch Empfang der zustehenden Leistungen soll Armut gerade verhindert werden.“

„Unser Heer“ in Leipzig

## Mit Speck fängt man Mäuse

Nur der Sachlichkeit halber: Es war 1990/91 für einen DDR-Lehrer so ziemlich der schlimmste Vorwurf, seine Schüler für den Dienst in der Nationalen Volksarmee begeistert zu haben. Wie viele von den insgesamt 3500 sächsischen Lehrern, die von selbsternannten Bürgerrechthabern auf die Abschlusliste gesetzt und letztlich vor allem wegen ihres Werbens für eine ausgemachte Armee des Friedens entlassen wurden, wird kaum noch nachzuvollziehen sein. Der Fakt allein sollte allerdings einem bundesdeutschen Englischlehrer wie Holm Kämpfer zu denken geben. Gegenüber der Leipziger Volkszeitung jedenfalls macht er überhaupt kein Hehl daraus, für eine Armee zu werben, die deutsche Wirtschaftsinteressen am Hindukusch verteidigt. Er habe mit seiner Bornaer Schulklassen den Wandertag genutzt, um die in Leipzig erste Station machende mobi-

le Bundeswehrausstellung „Unser Heer“ (meins ist es nicht!) zu besuchen. Am Tag mit dem zentralen Programmpunkt „Schoolday“ (tatsächlich so fetzig falsch geschrieben) natürlich. Lehrer Kämpfer räumt ein, dass das vorrangige Interesse seiner Klasse gewiss dem schulfreien Tag gegolten habe. Aber aus Lehrersicht stehe die Information über Ausbildungswege bei der Bundeswehr im Vordergrund. So versichert er locker und total staatsnah (der beinah noch üblere Vorwurf an einen DDR-Lehrer): „Wir werden sicher in der Schule mal drüber reden und dann sehen, wie die Schüler das aufgenommen haben.“ Klar, man macht sich doch nur Gedanken um die berufliche Zukunft der einem Anvertrauten.

Die waren gewiss begeistert vom Wandertag. Rührte doch die blonde, langmähige Yvonne Catterfeld eine Stunde lang ins Mikrofon (so wie es an den anderen Tagen eine gewisse Vanessa mit ihrer Band „Die Zeugen des Sofas“ tat). Da hörte man sich anschließend gerne an, dass die Bundeswehr auch in diesem Jahr über 20 000 Stellen, zum Teil sogar mit einem qualifizierenden beruflichen Ausbildungsangebot, zu besetzen hat.

Denken 15-, 16-, 17-jährige Mädchen und Jungen, für

die ein Lehrberuf bereits den Rang eines Lottogewinns hat, über alle Konsequenzen, über Krieg und Sterben, über die wieder mal fällige Neuordnung der Welt oder über verletzte Menschen- und Selbstbestimmungsrechte nach? Wie kritisch lauschen sie einem buntdekorierten Generalmajor Kather, Kommandant der 13. Panzergrenadierdivision, wenn der von seiner Verantwortung als militärischer Vorgesetzter schwärmt und echt deutsch versichert, seine größte Pflicht sei es, seine ihm unterstellten Soldaten so auszubilden, „dass sie jedes nur erdenkliche Rüstzeug besäßen, Auslandseinsätze zu meistern und wohlbehalten zurückzukehren“.

Auslandseinsätze rechnen sich. Die vom Bund schieben einen Haufen Kohle rüber, weiß ein schlacksiger junger Mann und steuert zielsicher den nächsten Werber an.

Mit Catterfelds und Co. lockt man Mäuse. Aber erst mit Speck fängt man sie – in mageren Zeiten wie den unseren.

Übrigens: Zum „Schoolday“ hatte der Bund mit 40 Bussen 1600 Jugendliche aus einem Umkreis von 50 Kilometern herangekarrt – und weit und breit kein Bürgerrechthaber und kein Oberschulamt, dass dem einen Riegel vorgeschoben hätte.

• MAXI WARTELSTEINER

Am 24. Mai 2004 hatte sich auf Einladung der PDS-Hochschulgruppe Leipzig einer der „Chefdenker“ der PDS in der Aula der Alten Nikolaischule eingefunden: André Brie, Mitglied des Europäischen Parlamentes und Bundeswahlkampfleiter, diskutierte mit anwesenden 35 jungen und alten Gästen über die Veränderungen der Hochschullandschaft in der Europäischen Union, die mit dem Bologna-Prozess seit 1999 in Gang sind.

Hochschulpolitik wird auch im Zuge der EU-Integration weiterhin unter nationalstaatlicher Verantwortung gestaltet, nichtsdestotrotz wird mit dem so genannten Bologna-Prozess die lobenswerte Intention verfolgt, strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, die es Studierenden erlauben, grenzüberschreitend in Europa zu studieren. Dies soll einerseits mittels der Einführung europaweit einheitlicher Studienabschlüsse erreicht werden. Die beispielsweise in Deutschland üblichen ein-

gliedrigen Studiengänge sollen langfristig durch 2-Zyklus-Modelle (undergraduate und graduate) ersetzt werden (wie es die in Deutschland schrittweise eingeführten Bachelor- und Master-Studiengänge vorzeichnen). Weitere Ziele sind u. a. die verstärkte Zusammenarbeit in Sachen Qualitätssicherung, Anerkennung von nationalen Studienabschlüssen.

Dem gesamten Bologna-Prozess ist ein Leitgedanke implizit, der auch das Projekt Europäische Union massiv prägt: die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie den weltweit mächtigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu etablieren. Im Bildungsbereich bedeutet das die verstärkte Ausrichtung von Studien-

inhalten an Erfordernissen des Marktes. „Employability“, der gezielte Erwerb von arbeitsmarktbezogenen Qualifikationen, wurde in der Bologna-Erklärung festgeschrieben und wird durch das erwähnte zweigliedrige Studienmodell intendiert. So richtet sich die Kritik von Bildungspolitikern auch gegen das qualitative Abspecken der Studieninhalte im Zyklus 1 („undergraduate“) und gegen die erahnbare Einführung von Gebühren für den zweiten Studienzyklus („graduate“).

Die hochschulpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Heike Werner, wies nach dem interessanten Überblick des Europaabgeordneten André Brie auf die Problematik der Um-

stellung der Studiengänge und -abschlüsse in Sachsen hin: Neben dem orientierungslosen Agieren der Sächsischen Staatsregierung bei der Konzipierung neuer, europafähiger Studiengänge besteht die Sorge, dass die „alten“ Diplom- und Magisterabschlüsse entwertet werden. Der gesamte Umstellungsprozess ist natürlich auch mit erheblichen Kosten verbunden.

André Brie bestärkte die TeilnehmerInnen, sich vor Ort für ein qualitativ hochwertiges und allen kostenlos zugängliches Bildungssystem einzusetzen, gerade in Zeiten, in denen allerorts über die Einführung von Studiengebühren gestritten wird. Das in der Grundrechtecharta der EU verankerte Recht auf Bildung darf nicht nur hohle Phrase sein. Auch der Liberalisierung des Bildungs„marktes“ auf internationaler Ebene müsse Einhalt geboten werden. Bildung ist, nicht nur in ökonomischer Hinsicht, das bedeutendste Gut der Zukunft.

• JULIANE NAGEL

## Alles Bolognese

Einheitliche europäische Studienabschlüsse, aber auch qualitativ abgespeckte Studiengänge und womöglich Studiengebühren – die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die Hochschulen

### SO SEHE ICH DAS



Unsere Leserin Ilona Kießling, empört über die Aufmärsche der „Freien Kameradschaften“ unter dem Goebbels-Jünger Worch, hat in der vorigen Ausgabe die Frage aufgeworfen, ob nicht doch ein juristischer Weg zu finden ist, neonazistische Demonstrationen zu unterbinden. Offenbar war es für sie ein regelrechter Schock, während und nach der

Rückwende hautnah zu erleben (und nicht nur über Medien zu erfahren), dass in der Bundesrepublik Deutschland faschistische Organisationen frei agieren dürfen. Sie kann und will sich damit nicht abfinden.

Als die Regierungschefs der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens am 2. August 1945 in Potsdam die Grundsätze für die Behandlung des besiegten Deutschen Reichs vereinbarten – Frankreich schloss sich mit speziellen Vorbehalten fünf Tage später an –, legten sie u. a. fest: Der „deutsche Militarismus und Nazismus“ samt ihren Wurzeln sollen „ausgerottet“ werden; die übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft in Gestalt von Monopolvereinigungen der verschiedensten Art soll beiseite, die Macht der Konzerne gebrochen werden; alle nazistischen und militaristischen Organisationen werden aufgelöst, ihre Wiedererrichtung in irgendeiner Form sowie jegliche nazistische und militaristische Propaganda sind verboten; das politische, geistige und kulturelle

Leben soll von allen Erscheinungsformen nazistischer und militaristischer Ideologie gereinigt werden.

Das waren klare, unmissverständliche Entscheidungen. Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden (Mannheimer Ausgabe) schreibt dazu: „Das Potsdamer Abkommen bestimmte die Deutschlandpolitik nach 1945 entscheidend.“ – und weiter lakonisch: – „wurde aber infolge des Ost-West-Konflikts und der deutschen Teilung

## Potsdam ist nicht aus der Welt

bedeutungslos.“ Da dokumentiert das Lexikon neben dem historischen Vorgang zugleich die gängige, harmlos klingende und doch so dreiste Rechtfertigung für die „Erbünde der Bundesrepublik“ (LN 10'04): den Bruch des Potsdamer Abkommens im Westen Deutschlands. Was gebrochen wurde, ist allerdings nicht aus der Welt. Für politisches, auch juristisches Handeln bildet das ins Völkerrecht eingegangene Abkommen eine wichtige Grundlage, die jeder kennen sollte. Manchem Schulbuch ist da nachzuhelfen!

Mit Bewegung las ich dieser Tage einen Aufruf von über 200 Persönlichkeiten, von Vereinigungen, Initiativen und vom Flüchtlingsrat Berlin, in dem es heißt: „Mit der Einstellung des Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht haben die Umtriebe der NDP und des neofaschistischen Spektrums sichtbaren Auftrieb bekommen. Die Neofaschisten zeigen herausfordernde Präsenz. Das Gericht hat seine Entscheidung auf die ungeheuerliche und entlarvende Tatsache gegründet, der Inlands-

geheimdienst – der, so meinen wir, irreführend den Namen ‚Verfassungsschutz‘ trägt – sei so weit mit der NDP verstrickt, dass sich nicht mehr klären lässt, ob nicht auf diese Weise der Staat selbst wesentlich für faschistische Politik und Propaganda verantwortlich ist. ... Wenn Naziaufmärsche nicht nur behördlich und/oder gerichtlich erlaubt und polizeilich geschützt werden, sondern darüber hinaus protestierende Antifaschisten kriminalisiert und zu den eigentlichen Verfassungsfeinden erklärt werden, ist aus staatlicher Tolerierung aktive Förderung von alten und neuen Nazis geworden. Unerträglich und nicht hinnehmbar ist die in deutschen Gerichten vorherrschende Haltung, auch faschistische Propaganda sei ein vom Grundgesetz gesichertes und deshalb auch durch Staatsgewalt zu schützendes Recht auf freie Meinungsäußerung.“ In Wahrheit sei Faschismus kein zu schützendes Gut, sondern ein Verbrechen – das sei die Schlussfolgerung aus den Lehren von Krieg und Völkermord mit 55 Millionen Toten.

Der Aufruf fordert die demokratische Öffentlichkeit auf, sich den zunehmenden Umtrieben der neofaschistischen Kräfte entgegenzustellen. Zugleich verlangt er „die restlose Ausschöpfung aller gesetzlichen Mittel zur Verhinderung von Naziaufmärschen und -veranstaltungen“. Organisationen, die die Verherrlichung des nationalsozialistischen Gedankenguts auf ihre Fahnen geschrieben haben, seien gemäß dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes zu verbieten.

Diesem Appell kann ich mich nur anschließen. Auch wenn ich weiß, dass die Nachfolger der Monopolchefs, die unter Hitler an Schalthebeln des Reichs standen, ihre „Machtergreifung“ längst vollzogen haben. Dazu bedurfte es nicht erst der Sturmabteilungen von Worch und Co.

• GOTTFRIED BRAUN

LN. Am 25. Mai 2004 fand im Ratsplenarsaal eine Veranstaltung zur Kommunalwahl „Auch Leipzig ist weiblich!“ statt. Vertreter der Parteien waren:

**Margitta Hollick – PDS**  
**Michael Koelsch – Bündnis 90 / Die Grünen**

**Peggy Liebscher – CDU**  
**Christian Schulze – SPD**

Eingeladen hatte eine Gemeinschaftsaktion von Leipzigerinnen, Frauenvereinen und -initiativen. Vorausgegangen war, dass die Frauenvereine zur Stadtratssitzung „Alarm“ geschlagen hatten und die notwendige Unterstützung durch die Politik einforderten. Die Vereine hatten allen Stadträten eine DVD unter dem Titel „Nachgefragt“ übergeben – Ergebnis einer Befragung Leipziger BürgerInnen zur Stadtpolitik und zu den Kommunalwahlen. – Ein tolles Filmprojekt im Rahmen der AktionAlarm. *Leipzigerinnen.de*

Die Politikerinnen und Politiker im gut gefüllten Saal waren sich einig: Die Stadt braucht Fraueninitiativen und -vereine. Allerdings fand Michael Koelsch die Situation in Leipzig „auf gutem Wege“. Frau Liebscher war es zwar wichtig, „gute Projekte“ zu erhalten, aber sie müssten auf den Prüf-

stand. Nur die mit hoher Qualität sollten auch weiter, vielleicht sogar noch besser gefördert werden.

Kein Wunder, dass die PDS-Politikerin Margitta Hollick anders sah. Sie verwies auf die Notwendigkeit für die Stadtverwaltung, endlich zu erkennen, dass Förderung und Unterstützung

Frauenvereine, so wurde in der Diskussion deutlich, geben Frauen Heimat, Sicherheit, Mut, sich den gesellschaftlichen Widersprüchen zu widersetzen. Die Frauen machten deutlich, dass zu nötigen moralischen Unterstützung auch eine finanzielle Ausstattung gehört. Viel wird im Ehrenamt geleistet.

Bekanntnis zur Beruhigung des Gewissens bleiben, so Margitta Hollick.

Wobei: Die Herren Schulz (SPD) und Koelsch (Bündnis 90 / die Grünen) betonten mehrfach, dass es in ihrer Fraktion ja Frauen gäbe, die für dieses Politikfeld verantwortlich seien. Typisch Mann. Dennoch gab es unter den anwesenden Frauen keinen Aufschrei. Denn das ist ja das Übel: Wer Frauenpolitik an Frauen weitergibt und glaubt, damit sei das Problem gelöst, der hat die Gleichstellung nicht verstanden. Wenn es aber die Politiker nicht verstehen, wie soll es da die Verwaltung umsetzen? Interessant auch: Auf Antrag der PDS-Fraktion war in dieser Wahlperiode zwar ein Gleichstellungsbeirat gewählt worden, aber leider kein besser befugter Ausschuss. Dafür bekam die PDS-Fraktion keine Mehrheit. Eine Anfrage während der „Alarm“-Veranstaltung dazu beantwortete Peggy Liebscher: „Wenn sie (die Frauenvereine), die CDU-Fraktion von der Notwendigkeit eines Gleichstellungsausschusses überzeugen, dann wird die CDU-Fraktion auch zustimmen.“

Leider versuchen das Frauenvereine schon neun Jahre vergeblich.

**Leipziger Frauenprojekte und -vereine gehen in die Öffentlichkeit**

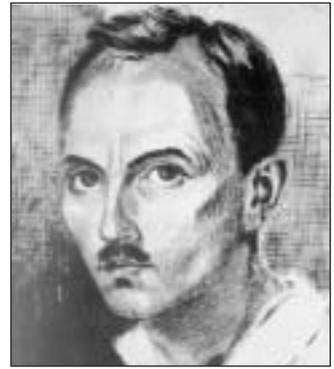
## Auch Leipzig ist weiblich!

von Frauen eine übergreifende Aufgabe aller Dezernate zu sein hat. Infrastruktur in Leipzig heißt für Frauen Erhaltung der Kindertagesstätten, Schulen in Wohnortnähe, keine Änderung deren Öffnungszeiten, Erhaltung der Kinder- und Freizeitzentren und vor allem Sicherung der Arbeit aller Frauenvereine. Nur die Frauen selber hätten das Recht einzuschätzen, welcher Verein eine gute Arbeit leistet. Wer betriebswirtschaftliche Kennziffern als Maßstab heranzieht, weiss, dass er Vereinslandschaft in Frage stellt, mahnte Hollick.

Doch wo bleibt das Recht auf existenzsichernde Arbeit? Nicht alles in den Vereinen ist ehrenamtlich zu machen. Wen interessiert die Selbstausschüttung in den Projekten und Vereinen? Unterbezahlung, Verzicht auf Lohnangleichung ist für die Arbeit dort selbstverständlich. Mit Recht fordern sie eine Mindestunterstützung ein, die ihnen Sicherheit für ihre Tätigkeit gibt.

Der Stadtrat hat sich 2002 fast einstimmig zum *Gender Mainstreaming*, zur Geschlechtergleichstellung, bekannt. Das darf nicht nur ein

## Unvergessen: Alfred Frank



Alfred Frank: Frühestes Selbstporträt

Am 120. Geburtstag des Leipziger Künstlers und antifaschistischen Kämpfers Alfred Frank legte der PDS-Ortsverband Leipzig-West (Grünau) Blumen im Ehrenhain Taurusstraße nieder. Alfred Frank, am 28. Mai 1884 im badischen Lahr geboren, wurde zusammen mit Gefährten seiner Widerstandsgruppe am 12. 1. 1945 in Dresden hingerichtet „Heute würde er seinen Augen und Ohren nicht trauen, könnte er sehen und hören, was in Leipzig wieder möglich ist: Aufmärsche der Neonazis, rechte Gewalttaten, Antisemitismus“, sagte Michael-Alexander Lauter am Gedenkstein. Im Quartiersladen des WK 7 würdigte anschließend Dieter Chitralla (BdA) das politische Wirken Alfred Franks. Mit einem Diavortrag brachte Angelika Wilhelm vom Stadtmuseum Wurzten das Schaffen des hochbegabten Malers und Grafikers in Erinnerung, das die Stadt Leipzig in den letzten Jahren sträflich vernachlässigte.

• gb

Anzeige

**Am 13. Juni 2004 Protest stärken - sozial wählen!**

**AUSBILDUNG statt Abwanderung**  
**BILDUNG statt Schulschließung**  
**AUFTRÄGE statt Pleiten**  
**ARBEIT statt Almosen**  
**OFFENHEIT statt Filz**  
**WÄHLEN STATT RESIGNIEREN**



[www.pds-leipzig.de](http://www.pds-leipzig.de)

**PDS**  
**Leipziggerecht**



## Mit Luthers Hilfe

LN. In der vorigen Woche stellte der Spitzenkandidat der PDS Sachsen für die Landtagswahl, Prof. Dr. Peter Porsch, „mit Unterstützung von Dr. Martin Luther“ die „10 Gebote für attraktive Städte und Gemeinden in Sachsen“ vor. (Text nebenstehend.)

Die sächsische PDS will damit kurz vor der Kommunalwahl am 13. Juni auf den dringenden Reformbedarf in der Kommunalpolitik und im Umgang der Regierung mit den Kommunen aufmerksam machen.

Dr. Martin Luther wiederholte seine schon 1545 getroffene Feststellung: „Leipzig ist wie Sodom und Gomorra. Mit Hurerei und Wucher überschüttet, darum kann's ihnen nicht wohl ergehen. Es geschieht ihnen recht: Sie wollen's nicht anders haben. Ich bin dagewesen, will nun aber nicht mehr hinkommen.“ (Luthers Tischreden, Bd.5, Weimar 1883 ff.). 2004 hat er Leipzig trotzdem wieder besucht, das nicht nur mit der Häme nach der missglückten Olympiabewerbung, sondern auch mit Skandalen zu kämpfen hat.

Der PDS-Spitzenkandidat forderte ein „kulturvolles und ökologisch grünes Sachsen, in dem die Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung tatsächlich ausfüllen können, und nicht aufgrund des fehlenden Geldes lediglich den Mangel verwalten.“

# Kaufkraftverlust in Sachsen über 500 Millionen Euro

DGB Sachsen zur Kürzung der Arbeitslosenhilfe / PDS: Schaumschlagerei der CDU

LN. Der DGB Sachsen hat berechnet, dass die beabsichtigte Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfe-Niveau im kommenden Jahr landesweit einen jährlichen Kaufkraftverlust von mindestens 145 Millionen Euro mit sich bringen wird. Wenn mit der Einführung dieses Arbeitslosengeldes II jeder 3. Arbeitslosenhilfebezieher gar keine Leistungen mehr erhält – so besagen die Schätzungen –, würde der Verlust sogar noch um 412 Millionen Euro höher sein. Insgesamt 75 000 jetzige Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten dann kein Arbeitslosengeld II, weil entweder der Ehepartner

zuviel verdient oder Lebensversicherungen oder sonstiges Vermögen erst aufgebraucht werden müssen. Je Monat habe ein künftiger Arbeitslosengeld-II-Empfänger 126,93 Euro weniger zum Lebensunterhalt.

Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen äußerte dazu, die Einführung des Arbeitslosengeldes II lasse jegliche soziale Balance vermissen. Eine Verschiebung und eine gründliche Diskussion der Auswirkungen sei notwendig.

Die jüngsten Äußerungen der CDU zu Hartz IV entpuppten sich als populistische Schaumschlagerei, stellte Peter Porsch

(PDS) fest. Die CDU-Fraktion hatte in der Aktuelle Debatte des Landtags über „Auswirkungen von Hartz IV im Freistaat Sachsen“ gegen „einen unhaltbaren Zustand“ für Arbeitslosengeldempfänger und Kommunen polemisiert, während Sozialministerin Orosz (CDU) betonte, dass auch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 „ein erster Schritt zu Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft“ seien. Und die CDU-Fraktion wies auch einen PDS-Antrag zurück, in dem eine Intervention gegen die Agenda 2010 wegen ihrer unsozialen Auswirkungen verlangt wird.

„steuerfinanzierte Umverteilung von Wohlstand“. Milbradts Vorschlag, die nächste Stufe der Gesundheitsreform durch eine Mehrwertsteuererhöhung zu finanzieren, sei unsozial und wirtschaftspolitisch Unsinn. Die Zeche würden dann die Geringverdiener, Sozialhilfeempfänger und Rentner an den Kassen der Supermärkte zahlen.

## Die Mehrwertsteuer erhöhen?

LN. Zum Vorschlag von Ministerpräsident Milbradt, für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme die Mehrwertsteuer zu erhöhen, erklärte PDS-Fraktionsvorsitzender Peter Porsch, damit sollten Einkommensschwache ihre ohnehin abgesenkten staatlichen Zuwendungen über

die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch selbst finanzieren. Die PDS fordere eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung der Einkommen Selbständiger, von Mieteinnahmen und Zinseinkommen.

Laut SPD-Fraktionschef Thomas Jurk braucht Sachsen keine

## Porsch's 10 Gebote für attraktive Städte und Gemeinden in Sachsen

### ● Ohne Moos nix los

1. *Gebot:* Kommunale Selbstverwaltung braucht größere finanzielle Spielräume. – Forderung: Wir wollen die längst überfällige Gemeindefinanzreform und stabile Zuweisungen des Landes über den kommunalen Finanzausgleich.

### ● Kurze Wege für kurze Beine

2. *Gebot:* Bildung braucht Wohnortnahe und kostenlosen Zugang. Forderung: Wir wollen den Erhalt von Schulen und die kostenlose Nutzung von Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Horten.

### ● Eine andere Mitbestimmung

### ist möglich

3. *Gebot:* Demokratie braucht einfacheren Zugang. – Forderung: Wir wollen den vereinfachten Zugang zu Informationen und die Ausnutzung und Anerkennung unterschiedlichster Beteiligungsformen.

### ● Stadt und Land – Hand in Hand

4. *Gebot:* Zugang zum öffentlichen Leben braucht stärkere Vernetzung. – Forderung: Wir wollen Bus und Bahn aus einem Guss und das häufig, ganztägig und barrierefrei.

### ● Global denken – lokal handeln

5. *Gebot:* Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken eine nachhaltige Entwicklung. – Forderung: Wir wollen das wirtschaftliche Potential der Regionen stärken. ... Wir setzen uns für die Stärkung des Genossenschaftsgedankens ein.

### ● Sachsen braucht Kultur

6. *Gebot:* Kultur braucht Vielfalt überall. – Forderung: Wir wollen über ein unbefristetes Kulturräumgesetz traditionsreiche Kultureinrichtungen erhalten, soziokulturelle Projekte stärken und neue künstlerische Ansätze fördern.

### ● Grünes Sachsen – auch in Zukunft

7. *Gebot:* Umweltpolitik muss sorgend und verursacherorientiert sein. – Forderung: Wir wollen sparsamen Ressourcenverbrauch belohnen und Kommunalabgaben sozialverträglich gestalten.

### ● Gemeinsam stark

8. *Gebot:* Gesellschaft braucht Solidarität. – Forderung: Gegen Vereinzelung in der Gesellschaft und Sozialstaatsdemontage wollen wir einen neuen Gemeinsinn setzen, der Belange von Interessen-

## Sächsisch-tschechisch-polnische

## Kooperation von links

LN. Auf einer Konferenz der PDS-Landtagsfraktion mit polnischen und tschechischen Parlamentariern linker Fraktionen vereinbarten die Teilnehmer eine feste und dauerhafte Zusammenarbeit. Dem dient der abgeschlossene Kooperationsvertrag zwischen der PDS-Fraktion und den Fraktionen der SLD-UP und der KSCM in Parlamenten polnischer bzw. tschechischer Grenzregionen. Diese Vereinbarung wird ausdrücklich mitgetragen von den PDS-Bundestagsabgeordneten und der Fraktion der KSCM im Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik.

Der Vertrag ist eine Antwort auf die gemeinsamen Herausforderungen in der Euroregion nach dem Beitritt Polens und Tschechien zur EU. Die PDS setzte damit ihre Überzeugung in die Tat um, dass die europäische Einigung von unten aufgebaut werden muss. Der Vertrag ist eine Arbeitsgrundlage für grenzüberschreitende Projekte, er regelt Informationsaustausch und gemeinsame Fortbildung.

gruppen (Vereine, Initiativen) wirkungsvoller mit kommunalen Leistungsangeboten verknüpft.

### ● Sozial ist modern

9. *Gebot:* Soziale Politik muss Chancengerechtigkeit sichern. – Forderung: Wir wollen eine soziale Grundsicherung für jeden, umfassende medizinische Versorgung ohne Praxisgebühren und Zuzahlungen und bezahlbare Wohnungen.

### ● Von Arbeit muss man leben können

10. *Gebot:* Arbeit muss Selbstverwirklichung und Existenzsicherung ermöglichen. – Forderung: Wir wollen Arbeit neu verteilen durch kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten und Arbeit neu schaffen durch breitere regionale Wirtschaftsförderung und einen öffentlichen Beschäftigungssektor.

## 25. Mai

**Dresden.** Etwa 40 000 Landesbedienstete sollen entsprechend einem Kabinettsbeschluss erneut auf Kontakte zur DDR-Staatssicherheit überprüft werden.

**Berlin.** Alice Schwarzer spendet die in der Fernsehsendung „Wer wird Millionär?“ gewonnenen 125 000 Euro für das Plauener Projekt Karo, das im deutsch-tschechischen Grenzgebiet gegen Kinderprostitution kämpft und dem EU und sächsische Regierung eine weitere Unterstützung versagt hatten.

## 27. Mai

**Dresden.** Schüler, Eltern und Lehrer – unterstützt von PDS, SPD und Grünen – fordern die finanzielle Besserstellung der freien Schulen und ein Ende ungesetzlicher Benachteiligung.

## 31. Mai

**Leipzig.** In allen Regionalzügen der Deutschen Bahn in Sachsen ist jetzt das Rauchen untersagt.

**Kamenz.** Das Statistische Landesamt meldet für 2003 mit 656 600 die niedrigste Anzahl von Kindern unter 15 Jahren

# SACHSEN-CHRONIK

25. Mai bis 7. Juni

seit 1991 und damit einen Rückgang um 36 Prozent.

### 1. Juni

**Dresden.** Ministerpräsident Milbradt fordert von der Bundesregierung ein Programm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ und kritisiert vor allem fehlende Grenzübergänge für LKW.

**Borna.** Der Stadtrat lehnt mehrheitlich eine Bewerbung für die Landesgartenschau im Jahre 2009 ab.

### 2. Juni

**Dresden.** Ein Jahr nach dem Fund einer Kofferbombe auf dem Hauptbahnhof eröffnet das Landgericht den Prozess gegen den mutmaßlichen Bombenleger und Erpresser, einen hochverschuldeten Finanzmakler aus dem Vogtland.

**Görlitz/Hoyerswerda.** In den Karstadt-

Kaufhäusern organisiert die Gewerkschaft Verdi Aktionen gegen drohende Entlassungen.

**Dresden.** Die vier Vertreter der Oppositionsparteien im Sachsenring-Untersuchungsausschuss verlassen die Sitzung des Gremiums, nachdem die CDU-Mehrheit die Vernehmung des Zeugen Ulf Rittinghaus, früherer Sachsenring-Chef, widerrechtlich abgesetzt hatte.

### 3. Juni

**Dresden.** Sieben Parteien und Wählervereinigungen – Grüne, CDU, SPD, PDS, FDP, die Volkssolidarität und die Freien Bürger – warnen vor dem „Nationalen Bündnis Dresden“. Es vertrete rechtsextremistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Sollte es in den Stadtrat einziehen, seien Demo-

kratien und politische Kultur gefährdet.

### 4. Juni

**Prag.** Ministerpräsident Milbradt berät mit tschechischen Partnern über Möglichkeiten zur Entspannung der seit Anfang Mai drastisch verschärften Verkehrssituation im östlichen Erzgebirge. Zugleich vereinbarten die zuständigen Ministerien, den Betrieb der „Rollenden Landstraße“ am 19. Juni einzustellen.

**Dresden.** Der Bau einer neuen Bundesstraße von Quedlinburg nach Torgau ist in den überarbeiteten Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden, über den im Herbst der Bundestag abstimmt.

**Meerane.** Der mit einer Jahresproduktion von 930 Mwh Strom größte Solarpark Sachsens geht offiziell in Betrieb.

**Freital.** Der älteste Mann Sachsens und drittälteste Deutsche, Arno Wagner, feiert seinen 110. Geburtstag.

### 5. Juni

**Chemnitz / Dresden.** Der FC Chemnitz sichert seinen Verbleib in der Fußball-Regionalliga, Dynamo Dresden macht den Aufstieg in die 2. Bundesliga perfekt.

Von Manfred Bols

„Es wechseln die Zeiten“, wusste Brecht. Er hatte aus der Geschichte gelernt, dass die Pläne der Mächtigen am Ende zum Halt kommen. Seine Worte werden oft zitiert. Die unverwundliche Gisela May, am 31. Mai 2004 achtzig Jahre alt geworden, wählte die Zeile sogar als Titel für ihre kürzlich erschienenen Memoiren.

Auch eine Landschaft wie die Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg, ein riesiges unbewohntes Gebiet mit im Mai gelb leuchtenden Ginstermeeren und im September rot blühenden Erikateppichen, mit Mischwäldern, Kiefernforsten und Auelandschaften, erlebt den Wechsel der Zeiten. Doch eins hat sich für diese einzigartige Landschaft seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nie geändert – sie wurde immer als Truppenübungsplatz missbraucht.

1945 endete die Nutzung durch die faschistische Wehrmacht und 1989 durch die Sowjetarmee.

Unter der 50 000 Hektar großen Heide lagern die Trinkwasserreserven für über eine halbe Million Menschen, zahlreiche Biotop gehören zu den landschaftsprägenden Merkmalen.

Im Jahre 1990 hatte sich der Landtag von Sachsen-Anhalt deshalb fast einstimmig für eine ausschließlich zivile Nutzung der Heide ausgesprochen. Es war die Zeit der Wende mit ihren Illusionen über grundlegende Veränderungen in Deutschland.

Seit 1993 aber rollen in der Heide wieder die Panzer, stürmen Infanterieeinheiten über das sandige Gelände, ertönt der Lärm der Gefechtsübungen, wird Munition in Massen verschossen. In einem Teil der Heide wurde 2001 das *Gefechtsübungszentrum Heer* der Bundeswehr, im militärischen Schriftgebrauch kurz *GefÜbZH*, das größte und modernste Projekt in Europa für die Simulation von Kriegsszenarien, in Dienst genommen. Dort wird geübt für den Krieg außerhalb des Territoriums der BRD. 150 000 Mann sollen die gemäß Bundeswehrreform dafür vorgesehenen Einsatzkräfte stark sein. Seit 1993 gibt es Widerstand gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide (CLH). Er begann mit einem Protestcamp von Naturschützern und setzt sich seitdem an jedem ersten Sonntag im Monat mit dem „Friedensweg“ fort, einer Demonstration zivilen Ungehorsams durch bewusste Ignorierung von Sperrschildern im Gebiet des Truppenübungsplatzes. Am 6. Juni 2004 hat inzwischen der 131. Friedensweg der Bürgerinitiative „Offene Heide“ stattgefunden, die sich von Anfang an für eine ausschließliche zivile Nutzung der Heide und für ihre Ausweisung als Naturpark, ähnlich dem Müritzgebiet, einsetzt.

### An erster Stelle seit je Bundeswehrinteressen

1997 gab es eine grundsätzliche Vereinbarung zwischen dem Minister des Innern von Sachsen-Anhalt und dem Bundesminister für Verteidigung, den sogenannten „Heidekompromiss“. Dieser Vertrag war von Anfang an ein fauler Kompromiss, da im Vordergrund die Festschreibung der militärischen Interessen der Bundeswehr stand und viele „Zugeständnisse“ an die Kommunen un-



LN-Titelbild vom 25. März 1994. Damals bereits nannten wir die Colbitz-Letzlinger Heide einen Testfall mit politischer Dimension und fragten: „Bestimmen Hardthöhe und Bundesregierung, was Deutschland unter gewachsener internationaler Verantwortung versteht, oder setzt die Bevölkerung ihren Verantwortungssinn auf die Tagesordnung?“ Jetzt gab es mit der Vereinbarung zwischen der Bundeswehr und der Regierung Sachsen-Anhalts die für Deutschland denkbar schlechteste Antwort auf diese Frage.



## Es ist was *faul* am Heidekompromiss

Jüngster Vertrag zwischen Sachsen-Anhalts Regierung und der Bundeswehr erlaubt militärische Nutzung des Südtails der Colbitz-Letzlinger Heide in der Altmark.

Dabei war 1997 von der SPD-Regierung völlige zivile Nutzung der Heide ab 2006 versprochen worden.

klar oder nur als Absicht formuliert sind. Die wichtigste Festlegung wird in den Punkten 1 und 2 ausgedrückt, wonach der Südtail der Heide (3500 Hektar) spätestens im Jahre 2006 der zivilen Nutzung zugänglich gemacht werden soll und die Bundeswehr auf die militärische Nutzung dieser Flächen ab diesem Zeitpunkt verzichtet. Dieses Versprechen ist inzwischen auch hinfällig, denn im November 2003 sprachen sich ausgerechnet Landtag und Landesregierung von Sachsen-Anhalt für eine Modifizierung des Heidekompromisses aus. Danach soll der Südtail dauerhaft der militärischen Nutzung durch die Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, wobei der Öffentlichkeit die Möglichkeit eingeräumt wird, außerhalb von Übungen den Südtail auf festgelegten Wegen zu betreten.

Wegbereiter dieses Vorschlages waren

nach offiziellen Verlautbarungen die Anliegerkommunen des Heidegebietes, die auf die Bundeswehr als starken Wirtschaftsfaktor in der Region nicht mehr verzichten wollen.

### Kommunen mit Arbeitsplätzen geködert

Das ist der Knackpunkt der Auseinandersetzung. Die Bundeswehr köderte die Kommunen mit der Finanzierung des Ausbaus der Infrastruktur, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erteilung von Bau- und Beschaffungsaufträgen an die regionale Wirtschaft und besonders an mittelständische Firmen. Bisher wurden die Versprechungen aber nur in geringem Maße erfüllt. Von den angekündigten 1200 Arbeitsplätzen sind z. B. nur 300 realisiert.

Dagegen steht das vom wissenschaftlichen Beirat des Fördervereins „Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide“ e. V. ausgearbeitete Konzept, das die Bedeutung der Heide als Trinkwasserreservoir und die Notwendigkeit eines weiträumigen Naturschutzes begründet. Nach Ansicht der Bürger-

initiative „Offene Heide“ würde die Realisierung dieses Konzeptes zu einem bedeutend größeren Wirtschaftsfaktor führen, als er durch die Bundeswehr gegeben ist, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsplätze. Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Infrastruktur, Landschafts- und Naturschutz sowie Tourismus würden davon profitieren. Als Vergleich kann hier der Nationalpark Bayerischer Wald dienen. Die Chancen für die Durchsetzung des Konzeptes sind allerdings gering, da für seine Finanzierung ganz einfach der politische Wille der Landesregierung und der Bundesregierung fehlt.

Stattdessen werden Millionen Steuergelder für Kriegsvorbereitung in den altmärkischen Sand gesetzt, die nur den Profit der an der Aufrüstung beteiligten Konzerne vermehren. Hinter der speziell zum Zwecke der Bewirtschaftung des Gefechtsübungszentrums gebildeten „GÜZ-Management GmbH“ stehen STN ATLAS Elektronik, DASA Dornier und Diehl.

Hier geht es also um die Interessen der großen Konzerne der Bundesrepublik.

### Aufrüstung erhält Gesetzesrang

Am 13. Juni 2004 finden die Wahlen zum Europa-Parlament statt, das auf der Grundlage einer Verfassung agieren soll, deren Entwurf – für den auch die jetzige Bundesregierung verantwortlich ist – sich wie ein Programm zur Militarisierung der EU liest. Aufrüstung erhält Gesetzesrang (Art. I-40), Rüstungsforschung und -produktion sollen europaweit koordiniert werden (Art. I-40) und weltweite Kriegseinsätze, über die allein der Ministerrat der EU entscheidet, sollen Mittel der Außenpolitik werden (Art. III-210). Die politische Begründung für diese Pläne liefert die Bedrohung durch den Terrorismus, ein hervorragender Nebelvorhang für Pläne zur Kontrolle über die Welt und Sicherung der globalen Ressourcen. In dieser Strategie hat auch der militärische Übungsplatz Colbitz-Letzlinger Heide seine Funktion.

Der von der SPD-Führung in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament strapazierte Slogan von der „Friedensmacht“ Deutschland ist reine Demagogie. Das Land und die Menschen werden die Folgen der militarisierten Politik weiter schmerzhaft zu spüren bekommen.



Von KATJA KIPPING

Missfelder und Co. haben der Debatte über Generationengerechtigkeit einen neuen bitteren Beigeschmack verpasst. Sie haben den Eindruck erweckt, die alte Generation würde auf Kosten der Jungen alles verpressen.

Doch wie sieht denn die Realität aus? Die durchschnittliche Rente im Osten beträgt 1061 Euro, für Frauen 635 Euro, und jede zweite Frau muss hier mit weniger als 450 Euro auskommen. Von Prasserei und Völlerei kann da ja wohl keine Rede sein.

Unter dem Deckmantel der angeblichen Generationengerechtigkeit werden Ungerechtigkeiten innerhalb einer Generation verschärft. Rentenversicherung „in Eigenverantwortung“ kann sich schließlich nur leisten, wer genügend Geld hat. Einem jungen Arbeitslosen nützt die Riesterrechte nichts, weil seine Kohle sowieso nur zur Deckung der laufenden Ausgaben reicht.

Manche Menschen leisten Tätigkeiten, die für die Gesellschaft notwendig sind, ohne dass sich diese Arbeiten in Rentenpunkte übersetzen lassen. Meine Großmutter z. B. hat ein Leben lang geschuftet. Sie konnte aber fast nie Vollzeit arbeiten, weil sie alleinerziehend war und mehrere alte Menschen pflegen musste. Entsprechend mager sieht ihre Rente aus.

Ich meine: Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde, jenseits der Armut und ganz besonders im Alter! Deswegen plädiere ich für eine Grundrente für alle, unabhängig davon, wie viel Rentenpunkte er oder sie sammeln konnte.

Natürlich wirft diese Forderung die Frage nach der Finanzierung auf, ist doch die Rentenkasse schon jetzt chronisch unterfinanziert. Tatsächlich nimmt die Anzahl der Erwerbstätigen und damit die der Einzahler in die Rentenkasse ab. Die von ihnen geleistete Arbeit aber wird von Jahr zu Jahr produktiver. Insofern empfiehlt sich gerade mit Blick auf die Rente die von der PDS geforderte Abgabe der Unternehmen in Höhe der Wertschöpfung.

Wenn wir schon über Generationengerechtigkeit reden, dann bitte schön auch konsequent. Gerechtigkeit zwischen Generationen heißt auch unterschiedliche gesellschaftliche Umstände zu berücksichtigen. Für die Generation meiner Eltern war eine klassische Berufsentwicklung Usus. Ausbildung, Berufseinstieg und dann jahrezehntelange Arbeit im einmal erlernten Beruf waren gang und gäbe. Heutzutage sind solche Erwerbsbiografien immer seltener möglich. Das beginnt damit, dass viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden, dass so manchen Hochschulabsol-

# Die wirkliche Generationengerechtigkeit

venten nur die Perspektive Taxifahrer erwartet. Brüche in Erwerbsbiografien treten immer häufiger auf. Infolgedessen können immer mehr Menschen nicht kontinuierlich Rentenpunkte sammeln. Die junge Generation von heute darf im Alter nicht dafür bestraft werden, dass die Politik nicht in der Lage war, mit einer

Ausbildungsplatzabgabe genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Eine bedingungslose soziale Grundsicherung für jeden würde dem Wandel der heutigen Arbeitswelt gerecht.

Eine Grundrente im Sinne einer solchen sozialen Grundsicherung schafft ein Mehr an Gerechtigkeit innerhalb der heutigen

Rentengenerationen, auch zwischen Frauen und Männern.

Also setzen wir uns für die Einführung der sozialen Grundsicherung ein und sorgen wir damit für mehr Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Generationen sowie für mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb einer Generation!

## Augenblicke der Zeit

Fotos von Katja Kipping, PDS-Bundesvize und Abgeordnete im sächsischen Landtag.

*Es ist schon paradox. Einerseits wird alles schneller. Mikrowellen erwärmen Speisen in Sekunden-schnelle. Wäsche kommt in den Trockner, anstatt mehrere Stunden an der frischen Luft zu hängen. Fahrzeuge fahren immer schneller. Wir erledigen alles immer zügiger. Doch der Drang zur Beschleunigung trägt unerfreuliche Früchte: Zum Beispiel ist jeder vierte Unfalltote auf Sachsens Straßen Opfer überhöhter Geschwindigkeit. Auch vorm Tod macht die Beschleunigung nicht halt. Ein findiger Unternehmer hat ein modernes Grabkammersystem entwickelt, das den Verwesungsprozess beschleunigt und damit die „Ruhezeit“ auf zehn Jahre senkt – effektives Flächenmanagement eben.*

*Freunden und Freundinnen der ENTschleunigung geht es nicht nur um den alltäglichen Stress. Sie thematisieren die Auswirkungen der Wachstumslogik auf unsere Umwelt und unsere Gesundheit. Für den*



*Sozialwissenschaftler Fritz Reheis wiederum ist der Entschleunigungsdiskurs die Grundlage seiner besonders geruhsamen Kapitalismuskritik.*

*Katja Kippings Fotos sind in diesem Sinne Kunstwerke über die Freude an der Langsamkeit (derzeit zu sehen in der 4. Etage des sächsischen Landtags). Die hier abgebildeten Fotos entstanden in Kuba.*

Ich lief durch das Dorf, wo meine Eltern Urlaub machten, und sah einen Mann auf den Stufen vor seinem Haus sitzen. Aus einem Hosenbein stakte nur ein Stock. Die Krücken lagen neben ihm.

„Onkel, warum hast du nur ein Bein?“, fragte ich. „Es war Krieg, mein Junge, es war Krieg“, sagte der Mann. Mit dem Wort „Krieg“ konnte ich damals noch nicht viel anfangen, war gerade mal fünf oder sechs Jahre alt. Kannte nur die Sagen, wo irgendwelche Helden irgendwelche Drachen umbrachten. Und kannte natürlich auch die Ruinen in Leipzig, als Spiel- und Abenteuerplätze.

Ich fragte meinen Opa da auf dem Dorf, und der erzählte mir von Lappland, wo er im Zweiten Weltkrieg

## Erinnerung

stationiert war. Aber als ich die ersten geografischen Kenntnisse hatte, träumte und schwärmte ich von Lappland, dem flachen Land, vom Nordlicht, von der Folklore ...

Opa winkte ab: „Mücken“, sagte er, „viele Mücken.“

Was er als „Mücken“ wirklich meinte, ahnte ich erst später, als ich den Begriff „Blaue Bohnen“ intus hatte.

Und mein anderer Großvater, der als Freiwilliger den Krieg an den Fronten vom ersten bis zum letzten Tag mitmachte, erzählte nie etwas über den Krieg, schwieg dazu, wenn er mal aus dem Westen zu uns zu Besuch

kam und Bananen und Schokolade mitbrachte, Jeans leider nie, die hielt er für perverse Unkultur der Stegermacht USA.

Er schwieg zu deutscher Geschichte und Krieg, und neugierigen Fragen folgte prompt ein Familien-Ärgernis. „Die sieht ja slawisch aus!“, kritisierte er ein Foto von meiner Jugendfreundin. Zudem erkannte er sie als Jüdin.

Und die in Leipzig stationierten Eltern der „Russen“-Kinder, mit denen ich im damaligen Schönauer Park spielte, die schwiegen auch; schenkten mir Konfekt. „Du, Kamerad“. Und eine schwere Hand legte sich auf meine Schulter.

• E. FRITZ

**A**m 1. Januar kommenden Jahres sollen die Regelungen zur Zumutbarkeit der Arbeitsaufnahme verschärft werden. Arbeitslose müssen dann jeden Job zu fast jedem Lohn annehmen. Einzige Grenze nach unten: die „Sittenwidrigkeit“, und die liegt laut Bundesverfassungsgericht bei 30 Prozent unter den ortsüblichen Löhnen. Dabei ist die Situation schon jetzt für viele abhängig Beschäftigte und Arbeitslose an der Grenze des Erträglichen, wie eine Telefon-Hotline des DGB offenbarte. Unter dem Motto „Zeugen gesucht“ berichteten rund 500 Anruferinnen und Anrufer von ihren bitteren Erfahrungen. Einige der Zeugen kommen hier zu Wort.

### Für Überstunden – nichts

Jürgen P. aus Halle ist 57 Jahre alt und arbeitet als Fahrer im Status eines Subunternehmers für ein Paketunternehmen. Er kommt im Monat auf ein Bruttogehalt von 980 Euro plus 250 Euro Auslöse. Laut Vertrag hat er eine Fünf-Tage-Woche mit 40 Arbeitsstunden, doch darf er erst Feierabend machen, wenn alle Sendungen ausgeliefert sind. So hat er vom 1. bis zum 31. März 2004 insgesamt 267 Stunden gearbeitet; für seine 83 Überstunden erhielt er keine Bezahlung.

### Nach Studium 250–400 Euro

Vor einem Jahr hat die 25-jährige Frau R. aus Berlin ihr Betriebswirtschaftsstudium abgeschlossen. Seitdem hat sie über hundert Bewerbungen geschrieben, aber lediglich Praktikumsstellen erhalten, bei denen sie zwischen 250 und 400 Euro monatlich für einen Vollzeitjob verdiente. Den Großteil ihres Lebensunterhaltes bestreitet sie mit einem Zuschuss der Eltern.

### Anwaltsgehilfin für 1000 Euro

Janina R., 21, aus Herne wurde vor einem Jahr arbeitslos, nachdem sie ein halbes Jahr in ihrem Beruf als Anwaltsgehilfin gearbeitet hatte. In der Zwischenzeit hat sie eine Weiterbildung abgeschlossen. Ein An-

walt in Gelsenkirchen bot ihr vor kurzem an: 1000 Euro Monatsgehalt für eine 40-Stunden-Woche plus Überstunden, 22 Tage Urlaub (24 sind gesetzlicher Mindestanspruch). Frau R. lehnte die unakzeptable Offerte ab; ihr Ausbilder hatte ihr gesagt, dass ein Stundenlohn von 9 Euro brutto für Anwaltsgehilfen üblich sei. Der Gelsenkirchener Anwalt schwärzte Janina R. nach ihrer Ablehnung bei der zuständigen Arbeitsagentur an. Glück im Un-

## DGB-Hotline offenbart bittere Realität auf dem Arbeitsmarkt

# An der Grenze des Erträglichen

glück: Auch diese beurteilte das Angebot als unzumutbar, so dass der jungen Frau nicht das Arbeitslosengeld gesperrt wurde.

### Kurier für 3 Euro pro Stunde

Nicole F. aus Baden-Württemberg ist gelernte Hauswirtschafterin, fand aber in diesem Bereich keine Arbeit. Deshalb nahm sie einen Job als Kurierfahrerin für einen Paketdienst an. Sie erhielt keinen Arbeitsvertrag und musste ihr Privatauto für die Lieferfahrten nutzen. Der Monatsverdienst beträgt 400 Euro, was einem Stundenlohn von 3 Euro entspricht.

### Arbeitssetze bei 3,80 Euro

Herr und Frau S. aus Chemnitz arbeiten als Reinigungskräfte. Sie kommt auf 3,80 Euro netto Stundenlohn, er auf 4,50, so dass sie gemeinsam ein Monatseinkommen von 1050 bis 1100 Euro haben. Das Unternehmen will nun die Stundenzahl der Frau kürzen, so dass sie nur noch auf 350 Euro Verdienst käme. Gleichzeitig

übten die Vorgesetzten Druck aus, dass in knapper Zeit ein vorgegebenes Quadratmeter-Soll gereinigt wird. Die Fahrtkosten von rund 80 Euro monatlich zahlen Herr und Frau S. aus eigener Tasche.

### 5,70 die Stunde, nichts für Überstunden und Nacharbeit

Ursprünglich war der 53-jährige Hans-Joachim P. aus Halle Kfz-Schlosser, später Berufskraftfahrer. Nach 25 Jahren auf

versuchte, den ausstehenden Lohn einzuklagen, meldete die Firma Konkurs an. Herr K. erhält keine Arbeitslosenhilfe, weil er einen gültigen Arbeitsvertrag hat. Er lebt von Geld, das ihm seine Eltern und Freunde geliehen haben.

### Unternehmen wollen 50 Prozent Zuschuss

Günter W. aus Dessau, 62, war als studierter Arbeitsökonom jahrelang selbstständig. Mittlerweile arbeitslos, fand er zwei Firmen, die ihn einstellen würden – allerdings unter der Voraussetzung, dass sie 50 Prozent der Kosten als Zuschuss erhalten. Die Bundesagentur für Arbeit wollte nur 300 Euro zahlen. Damit zerschlugen sich beide Stellenangebote. Stattdessen arbeitet W. jetzt als Aushilfe bei einem Sicherheitsunternehmen, wo er 4,09 Euro brutto Stundenlohn erhält.

### Rund 400 Euro unter Tarif

Der 64-jährige Dietmar B. aus einer bayerischen Kleinstadt arbeitet seit anderthalb Jahren bei einer Spedition. Für 248 Stunden monatliche Arbeit erhält er 2000 Euro brutto – rund 400 Euro unter Tarif.

### Lohnfortzahlung verweigert

Als geringfügig Beschäftigte auf 400-Euro-Basis arbeitet Birgit S. im Einzelhandel. Auch bei Vorlage eines Attestes verweigert der Arbeitgeber im Krankheitsfall die Lohnfortzahlung. Urlaub gibt es nicht; stattdessen „dürfen“ Überstunden abgefeiert werden.

### Der Dreh mit der Befristung

Frank S., 34, aus Neckarsulm ist Schichtleiter in einem Industriebetrieb. Er erhält 9 Euro brutto Stundenlohn, die übrigen Schichtleiter bekommen zwischen 5 und 8,50 Euro. In seiner Niederlassung werden alle Mitarbeiter nur für ein Jahr beschäftigt. Nach einer Unterbrechung von sechs Monaten stellt das Unternehmen sie wieder ein. So reduziert es den Bestand an festen Arbeitskräften mit entsprechenden Ansprüchen.

Von WOLFGANG ANDERS

**L**and sehen, endlich wieder einmal Land sehen! Und das in jeder Beziehung. Raus aus der Stadt, rein ins flache Land, eine halbe Autostunde nördlich von Leipzig. Durch Krostitz, wo man erst kürzlich Bier feierte, über die Bahnschienen in Krenschütz geholpert, noch einmal Gas gegeben und schon ist man und frau in Düben. Besser Bad Düben. Noch besser Stadt Bad Düben.

Schön gestalteter Platz vor dem Rathaus, wo man und frau vor dreißig Jahren sich den Bund für den Ring versprochen, oder den Ring für den Bund fürs Leben oder so ...

Nicht wieder zu erkennen, könnten man und frau denken, weil die älteren Bäume fehlten, aber die neuen Bäume wollen ja auch mal in den Himmel wachsen und älter werden.

Stimmt denn das, mit den Gutachten über die alten, kranken Bäume, die gar nicht krank waren?

Und gibt es die artesischen Brunnen noch, wo aus einer unterirdischen Quelle das Wasser seit Generationen munter ans Tageslicht sprudelte?

Ein paar Häuser fehlten.

Gut für uns und das Café Sprengler. Wir fanden Platz auf dem riesigen Freisitz und waren's zufrieden.

Die Obermühle klapperte am rauschenden Bach.

Ein Verein hält die Mühle am Laufen. Besser am Klappern. Und am Backen im Backofen. Mann und Frau erstanden ein Fladenbrot und ein rundes Heidebrot. Die Brote waren so heiß, dass sich die hübsche Müllerin

## Mühlentag in Nordwestsachsen



Die für den Mühlentag restaurierte Schiffsmühle auf der Burg Bad Düben ist die letzte ihre Art in Deutschland. Einst war sie im Ortsteil Alaunwerk auf der Mulde befestigt

(oder war es die Tochter des Müllers, oder des Mühlkobolds? Vielleicht auch die Tochter des Vorsitzenden des Mühlenvereins oder einfach eine junge Dübenerin), dass sich also diese ihre zarten, kleinen Hände verbrannte. Bevor man blasen konnte, zog einen die eigene Frau schnell weiter. Mit Brot.

Die Mühle drehte sich, ein unterschlächtiges (nichts Unanständiges) Wasserrad trieb alle möglichen Räder, Walzen und Elevatoren in drei Etagen an. Es scheint hier alles in echt zu funktionieren.

Ganz im Gegensatz zur Bergmühle an der Burg Düben.

Dies ist wohl am teuersten rekonstruiert worden (mit Mitteln von diesem und jenem) – zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Und danach ist es auch.

Wenn die regionale Wirtschaftsstruktur auch so ist wie dieses Muster ohne Wert, dann Gute Nacht, Marie! Diese toll gestaltete Schiffsmühle wird natürlich im trockenen Burggraben nicht vom Wasser angetrieben, sondern von einem ahistorischen Elektromotor. Alles dreht sich umsonst. Während in der halb zerfallenen Obermühle ein wassergetriebenes Mühlrad einen bescheidenen Mühlenbetrieb ermöglicht, wird in der staatlich finanzierten Schiffsmühle elektrisch ein Musterbetrieb vorgeführt.

Wie im echten Leben?

Wie in der richtigen Wirtschaft?

Wenn erst alle Aktien verbrannt sind, das Geld nichts mehr wert ist, jegliche kommunale Wirtschaft kaputt ist, alle Wasserwerke an private Unternehmen in USA verschert sind, werden die meisten Bürger erkennen, dass eine Schau-Mühle keine Förderung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur braucht.

Einer Wirtschaftsstruktur, die vorher systematisch kaputtgemacht wurde.

Ein schönes Pfingstfest war das.

Man wird noch daran denken müssen ...

Roland Schimmelpfennig ist den Leipziger Theaterfreunden kein Unbekannter, war doch seine *Arabische Nacht* bereits vor Jahren am Schauspiel zu sehen. Damals war es ein Mietshaus in einer heißen Sommernacht, wo die menschlichen Aberwitzigkeiten verortet wurden. Heute ist es ein Hotel. Und wieder eine Momentaufnahme. Allerorten Schicksale. Wahnsinn des Alltags. Durchreisende, verliebte Paare, Affären, Gestrandete, Gealterte,

## Wahnsinn des Alltags auf der Bühne der Neuen Szene

Gescheiterte. Sein zwischen Realismus und Surrealismus schwankendes Stück *Vorher/Nachher* zeigt einen Ausschnitt aus der Lebenswirklichkeit, nimmt den Zuschauer mit in Traumwelten und zwingt zur Selbstreflexion, zur Selbstbefragung. Da ist die kleine Angestellte, die sich einen Geschäftsmann angelt, um wenigstens einmal auf der besseren Seite des Lebens zu wandeln. Dort ist der junge Fabrikarbeiter, der Vaters Imperium an einen Großkonzern verhöckert, dem es nur um den Markennamen und nicht um die Produktionsstätte geht. Ein paar Zimmer weiter geht es um Liebe, Treue und Betrug. Hinter dieser Vordergrundigkeit verbirgt sich ein ganzes Konvolut aus Gegenwartskritik: Roland Schimmelpfennig zeigt die Dekadenz, die Widersprüchlichkeit, die Klassenunterschiede.

Regisseur Boris von Poser liefert in der Neuen Szene eine handwerklich solide Arbeit ab, hat ein Gespür für Stimmungen. Er nimmt die Zuschauer mit auf die Reise zwischen heiterer Betroffenheit und ironischer Apokalypse. Die neun Schauspieler haben es nicht leicht: Sie müssen in knapp zwei Stunden in über vierzig verschiedene Rollen schlüpfen. Und es gelingt! Besonders verwandlungsfähig und beeindruckend: Melika Foroutan, Carolin Conrad und Torben Kessler. Und einen Extrablumenstrauß für Ellen Hellwig.

• D. M.

**Es gibt zweierlei Barbaren: die einen zerstören Museen, Bibliotheken und Schulen, die anderen schließen sie.**

REINHARD LOCHNER

# Der Altmeister lebt im Herzen weiter

Zum Tod von Werner Tübke

Werner Tübke durfte die Vollendung seines Dreivierteljahrhunderts im Juli nicht mehr miterleben. Mit ihm verliert die Kunst einen ihrer Begabtesten, einen, der bereits zu Zeiten im Olymp der Schönen Künste residierte. Der ehemalige Rektor der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) zählte gemeinsam mit Wolfgang Matheuer (1927–2004) und Bernhard Heisig zu den Stammvätern jener Malerei, die heute als *Leipziger Schule* bezeichnet wird. Wer kennt nicht sein monumentales Gemälde im Panorama der Bauernkriegs-Gedenkstätte Bad Frankenhausen – *Frühbürgerliche Revolution in Deutschland 1525* –, einen der Höhepunkte seines künstlerischen Schaffens, das Ergebnis einer lang-jährigen Destillation aus kunst- und kirchenhistorischem Wissen, aus altmeisterlichen Stilmitteln und -techniken, für die er berühmt war. Es ist nicht nur das im besten Sinne Handwerkliche – die motivische und maltechnische Anlehnung an Renaissance und Barock –, sondern auch die souveräne Symbiose aus vordergründig Historischem mit hintergründig Gegenwärtigem, die eine Einordnung in bequeme Schemata nahezu unmöglich macht. Dies gilt für



weite Strecken seines Gesamtwerkes. Und doch sind es vor allem die inhaltlich-methodischen Auseinandersetzungen mit dem Makrokosmos zeitnaher Weltgeschichte wie in *Die Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze* [mehrere Fassungen], *Arbeiterklasse und Intelligenz*, *Bildnis eines sizilianischen Großgrundbesizers mit Marionetten*, die seine Verbundenheit mit der progressiven Weltanschauung manifestieren. Auch wenn die letzten kunsthistorischen Schlachten noch nicht geschlagen sind: Seine Bilder, Zeichnungen, Drucke berühren Herz und Verstand. Heute wie früher. Früher wie heute.

• D. M.

*Unmittelbar über den tanzenden Bauern hat sich der Maler selbst dargestellt. Die große Palette ist Zeichen seines Berufs. Neben ihm sitzt hoch zu Ross seine Frau mit einer verlöschenden Kerze in der Hand. Ganz oben jedoch liegt ein Sterbender, dessen Seele von einem bösen Wesen geholt wird. Nach eigenen Aussagen Werner Tübkes ist auch das ein Selbstbildnis.*

Karl-Max Kober in: Werner Tübke. Monumentalbild Frankenhausen. Dresden 1989

Michail Glinka:

## Zum 200. Geburtstag des russischen Opernmeisters

Mit dem Namen des vor 200 Jahren am 1. Juni (neuen Kalenders) im Gebiet Smolensk geborenen Michail Glinka verbindet sich für die meisten Musikliebhaber die Bezeichnung „Vater der russischen Musik“. Für nach ihm geborene Komponisten wie Alexander Rubinstein, Peter Tschaikowski, Modest Mussorgski, Nikolai Rimski-Korssakow war er das große Vorbild. Vor allem *Iwan Sussanin* (*Ein Leben für den Zaren*) und *Ruslan und Ludmilla* übten als erste international bedeutsame russische Opern Vorbildwirkung aus.

Impulse für diese Opern erhielt Glinka 1830/33 während seines Auslandsaufenthalts vor allem durch Beethovens *Fidelio* und noch mehr durch Webers *Freischütz*. Alexander Puschkina, Nikolai Gogol und andere Schriftsteller begrüßten Glinkas Idee, eine Oper mit betont russischem Sujet auf der Grundlage heimischer Volksmusik zu schaffen.

Der siegreiche Kampf gegen zwischen 1607 und 1612 mehrmals eingedrungene polnische Eroberer mit dem Bauern Iwan Sussanin als Volkshelden im Mittelpunkt weckte 1836 bei der Uraufführung unmittelbare Erinnerungen an den Kampf gegen Napoleon im Jahre 1812. Die russische Geschichte bildete von nun an eines der Kernthemen der russischen Oper. Mit der Vertonung von Alexander Puschkins Versepos *Ruslan und Ludmilla* erschloss Glinka die Volkssage als zweiten großen Themenbereich.

• W. WOLF

Joachim Herz wird am 15. Juni achtzig

## Ein Regisseur unvergesslicher Operninszenierungen

Unwillkürlich lässt der Name Joachim Herz eine Vielzahl von Opernereignissen lebendig werden. Wer sie chronologisch ordnen will, muss mit dem quicklebendig inszenierten *Xerxes* von Händel beginnen und kommt bis zu György Ligetis *Le Grand Macabre* und Siegfried Katzers *Das Land Bum-Bum*. Im Mittelpunkt des rund 50-jährigen, unerschöpflichen Wirkens in Leipzig, Dresden, Berlin und im Ausland stehen die Hauptwerke Mozarts, das Schaffen Wagners, Hauptwerke von Richard Strauss, die großen russischen Opern.

Von den bedeutenden Werken des 20. Jahrhunderts inszenierte der Künstler Leos Janaceks *Katja Kabanova*, Alban Bergs *Lulu*, Sergej Prokofjews *Krieg und Frieden*, Dmitri Schostakowitschs Opern *Die Nase* und *Katerina Ismailowa*. *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny* von Bert Brecht und Kurt Weill, Benjamin Brittens *Peter Grimes* und *Albert Herring*.

Entscheidend ist für Joachim Herz stets, wie der tiefere gedankliche, szenische und musikalische Gehalt erschlossen werden kann. Die Leipziger Inszenie-

rung des Wagnerschen Bühnenfestspiels *Der Ring des Nibelungen* bildet in der 50-jährigen Regiearbeit des Künstlers einen Höhepunkt.

Auch in Bayreuth war der umfangreiche Monolog des Loge, wie man den Ring erlangen könne, kaum so hintergründig und zugleich komödiantisch zu erleben wie in Leipzig mit Günter Kurth. Ebenso zwingend wurden die große Auseinandersetzung zwischen Wotan (Rainer Lüdke) und Fricka (Renate Härtel) im zweiten Akt der *Walküre*, die dialogischen Szenen wie Siegfrieds Auseinandersetzungen mit Mime und die Wissenswette Wotans mit Mime gestaltet.

Das Erfassen der Vielschichtigkeit zeichnete jede Inszenierung des Künstlers aus, führte zumal in Mozarts Hauptwerken zu neuen Einsichten. So werden in der *Zauberflöte* Probleme in der scheinbar heilen Sphäre des Sarastro, menschliche Züge in der meist abgrundtief böse gezeigten Königin der Nacht aufgedeckt, wird in *Cosi fan tutte* ein problemreiches, nicht nur unterhaltsames Spiel getrieben.

• WERNER WOLF

Es geht um den Menschen, um den Mann Rainer Maria Rilke, der „einer der großen Dichter des 20. Jahrhunderts“ war – das eingestandenermaßen! – und der zugleich ein Liebender sein wollte. Letzteres, um des Werkes willen, nicht vermochte und so zu einer Projektionsfläche von heute wird; unter der Sammelüberschrift *Rilkes Frauen oder Die Erfindung der Liebe* von Gunnar Decker. Das journalistische Literatur-Verständnis bedient das Publikum seit einiger Zeit mit diesen und ähnlichen Facetten. (Goethe, Richard Wagner, Thomas Mann, Brecht – und nun auch Rilke.) Auf einer Medien-Tagung wurde jüngst festgestellt: „Immerhin kam dabei zumindest in Halb- oder Viertelsätzen zur Sprache, dass der Literaturbetrieb – das von allen Anwesenden gescholtene Feuilleton ebenso wie der Buchmarkt mit seinem Kampf um die Gunst der Käufer – Skandale und Skandalchen als Waffe im Konkurrenzkampf nutzt. Dies wissen die Autoren, dies wissen die Verleger, und die Literaturkritiker wissen es wohl auch.“ So ganz scheint der Verfasser sich des am Ende betonten Blickwinkels (s. o.) nicht sicher gewesen zu sein. Denn wozu sonst diese Entschuldigung? Der Leser – ich spreche für mich – wollte schon nach den ersten Seiten das Buch beiseitelegen. Tat's dann doch nicht, weil er meinte, den „Skandal“ benennen zu müssen. Selbst auf die Gefahr hin, nun zu langweilen, schlimmer: gar zu interessieren, seien hier – keineswegs vollständig – die Rilke zugeordneten Attribute, und das in ganz gegenwärtigem Jargon, aufgelistet. Nach Auffinden von Brief- und Gedicht-Zitaten ist man sodann schnell fertig mit dem Wort und so mit dem Urteil auch. Wir erfahren:

Rilke war ein Popstar, Ekstatiker, der das Doping für seine Einbildungskraft brauchte, eine Eismaschine, die Hitzebilder in Serie produzierte, ein Almosenempfänger in latenter Panik, Modemacher, Designer, kompletter Psychopath, ein Aussteiger, ein Aufsteiger, raffinierter Impotenzvortäuscher, ein Süchtiger, der Frauen als Heimatersatz benutzte, ständig die Dosis zu erhöhen hatte, weil seine erotische Halbwertszeit maximal sechs Wochen vorhielt, zeitlebens ein Mutter-söhnchen, beinahe ein Gigolo, ein Schlössertourist, ein lausig schlechter Vater, auf jeden Fall ein gefühlshdrapierter Zyniker, einer, der mit pubertärem Neidblick auf den Star Jesus und seine Nonnen schaute, selbst auf dem Weg, eine Diva zu werden, ein Seelen-Exhibitionist, ein femininer Dichter unter Männlichkeitsdauerbeweislast, einer, der zuletzt masturbierte, mit der Frau in sich lebte, ein routinierter Briefabrikant, der sich auf pubertäre Weise Erfüllungen imaginierte, in theatralischen Liebes-

delirien, in zynischem Management eines Parasiten, in Tücke, rücksichtsloser Berechnung und Unaufrichtigkeit, schließlich ein leichtgewichtiger Salonphilosoph und Artist der Liebe.

Nun weiß man endlich Bescheid und will von solchem Monster und was ihm sonst anhängt: Dichtung, nichts mehr wissen. Gottfried Benn, dem die Gestalt Rilkes stets unsympathisch blieb – dergleichen und Schlimmeres soll unter Künstlern vorkommen –, widmete seinen 1925 erschienenen Gedichtband *Spaltung* jenem noch lebenden Dichter mit der Inschrift: „Herrn Rainer Maria Rilke, dem unerreichbaren deutschen Meister in Ehr-

Und abermals zugegeben: Der Verfasser weiß den Zwiespalt, in den er sich hineinbegeben hat. Schon das Motto des Bandes nimmt eine Hofmannsthalsche Warnung von 1927 auf, gleichsam in Vorahnung all dessen, was künftig jene „feindseligen nächstfolgenden Dezenen“ erbringen werden: „diese vielen schalen und oft so indiskreten Äußerungen ... dieses verwässernde Geschwätz ... des läppischen Biographismus und aller dieser Unziemlichkeiten ...“ Damit hätte das Buch eigentlich schon am Ende sein können ...

Zwiespalt auch dort, wo von Parasitentum die Rede ist und zugleich dem

Ebenbürtigen, eine tiefe Erschütterung von Nähe in der Ferne. Da darf endlich gesagt werden: Diese Begegnung ist „wunderbarste Briefdichtung, ein Hohelied auf die Liebe“.

Doch: in diesen Fällen ging es ja nicht um jene so attributiv beschriebene Liebe. Sie nimmt den eigentlichen Raum des Buches ein, was – so Friedrich Sieburg – als Anhäufung von Tatsachen ein Produkt des Journalismus ist, der sich nicht kurz fassen kann. So viel des Peinlichen, Unterstellten, Vermuteten, nur um auf der Linie des Skandalösen bleiben zu können:

Rilkes Russland-Erlebnis ist mehr als ein

## Rainer Maria Rilke – ein Popstar?

„Gar nicht voyeuristisch oder denunziatorisch gemeint“



Rainer Maria Rilke. Unvollendetes Gemälde (Ausschnitt) von Paula Modersohn-Becker, 1905

furcht ...“ und bekannte 1949: „Diese dürftige Gestalt und Born großer Lyrik ... schrieb den Vers, den meine Generation nie vergessen wird: ‚Wer spricht von Siegen? Überstehn ist alles!‘“

Zugegeben: Dem Verfasser ging es nicht um das Werk, sondern um Rilkes Frauen und dessen Erfindung der Liebe. Doch wozu sollte das gut sein, wenn nicht letztlich alle Bemühung zu diesem Werk hinführte und so den Menschen und den Mann begreifbar machte, eine Dichtung erahnen ließ, die aus einem tragischen Daseins-Wissen entstand und gerade und einzig deshalb uns angeht?

großen Dichter das Recht zugesprochen wird, ohne falsche Scham Geld fordern zu dürfen, die Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen. Das wusste schon der junge Beethoven, der in genialischem Selbstbewusstsein an einen Verleger schrieb: „Es sollte nur ein Kunstmagazin in der Welt sein, wo der Künstler seine Kunstwerke nur hinzugeben hätte, um sich zu nehmen, was er brauchte.“ Eine Utopie.

Seltsam. Wo es nicht eigentlich Pikantes und Entrüstenswertes zu finden gibt, da wird man sachlich und informativ. Das Bild von Lou Andreas-Salomé ist weitgehend zutreffend: Rilkes einzige Liebe und sodann lebenslange Freundschaft, die Darstellung von Angela Guttman bringt eine andere Seite Rilkes zum Vorschein (obwohl

man sich bei I. Schnack: *Wer war Angela Guttman? Zu Rilkes Winter in Locarno 1919/1920* genauer hätte informieren können.), die Gestalt der Lisa Heise wird mit Bewunderung nachgezeichnet (obwohl beider Briefwechsel flüchtig gelesen und in Entscheidendem falsch interpretiert; dafür das Nachwort extensiv genutzt wurde.), der Dichterin Regina Ullmann widerfährt Gerechtigkeit, damit auch Rilke in seinem Beistand für sie, und Marina Zwetajewa, die in Paris lebende große russische Lyrikerin, ist dem in der Schweiz schon todkranken Rilke das hohe Zwiesgespräch mit einer

Kitsch-Bild, Stefan Georges Jünger hat Rilke niemals sein wollen, die Mutter als Ur-Bild des Engels der *Elegien* zu deuten, ist grotesk, *Die Sieben Gedichte* von 1915 als schrecklich verdruckste Reimelei zu bezeichnen, entbehrt völlig der Kenntnis von Siegfried Unselds vergleichender und feinführender Beschreibung des Goetheschen Tagebuchs und eben dieser Rilkeschen Strophen.

Natürlich weiß der Verfasser, dass Paula Becker Rilke geliebt hatte, dass er mit Sophie Liebknecht 1917 zumindest eine kurze Romanze hatte, dass Sidonie Nádherný von Borutin, die er 1920 in der Schweiz wiedersah, seine frühere Geliebte und dass die neunzehnjährige Telegraphistin des Postamtes von Ragaz 1926 seine letzte Affäre war. Usw. usf....

An die Adresse des Verlages: Druckfehler sind nicht zu vermeiden; deshalb sollen sie auch nicht genannt werden. Doch anderes ist ärgerlich: Namen. Es muss heißen: Ferruccio Busoni, Marianna Alcoforada, Lotte Hepner, Dottor Serafico, der Sphinx.

Das Hölderlin-Zitat (!) lautet: „Was bleibt aber, stiften die Dichter.“ Verse, werden sie fortlaufend gesetzt, müssen Zäsurstriche erhalten; so entstehen (S. 161) im Zitat aus der Siebenten Elegie neun (9!) Fehler. Die Literaturangaben (S.309–312) sollten einheitlich sein, und ein Bildnachweis ist immer noch üblich. An einer Stelle des Buches ist die Rede von spielverderberischen Philologen. Möchte das Buch ein Spiel gewesen sein? Nun, dann will ich durchaus der das Spiel verderbende Germanist genannt werden.

• HORST NALEWSKI

Gunnar Decker: *Rilkes Frauen oder Die Erfindung der Liebe*. Reclam Verlag Leipzig 2004. 313 S., geb., 19,90 Euro.

### UNTERM STRICH

## Polen, die Treuhand kommt!

Die Jubelklänge zur „Osterweiterung“ der Europäischen Union waren kaum verklungen, da konnte man in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ ein aufschlussreiches Dossier lesen, das es wert ist, nicht so schnell vergessen zu werden. Darin berichtet Roland Kirbach von einer Gesellschaft namens „Preußische Treuhand“, die aufgebrochen ist – bekommt man schon nicht die ganzen „Ostgebiete“ zurück –, zumindest das „deutsche Eigentum“ zurückzufordern. Sie setzt dabei auf das Rechtssystem der EU. Chancenlos? Bekanntlich ist im Kapitalismus nichts heiliger als das Eigentum. Dementsprechend ist das Recht gestaltet, nicht zuletzt jenes, nach

dem der Europäische Gerichtshof „Recht“ spricht.

„Dass ein Teil der vertriebenen Deutschen nun zu einer Art letzten Gefechts um die alten Besitztümer ansetzt“, hat den jungen polnischen Historiker Krzysztof Ruchniewicz – er leitet das Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław – „nicht überrascht“. „Denn“, so zitiert Kirbach ihn weiter, „das Klima dafür sei vorbereitet gewesen durch die Debatten der letzten Jahre, in denen sich die Deutschen vor allem als Opfer gesehen hätten. Angefangen mit Günter Grass' Novelle

„Im Krebsgang“ (2002), die vom Tod Tausender deutscher Flüchtlinge an Bord der torpedierten ‚Wilhelm Gustloff‘ handelt, über die Bücher und Fernsehdokumentationen zu den Bombardierungen deutscher Städte durch die Alliierten bis hin zu dem vom BdV (Bund der Vertriebenen – ESCH) geforderten Zentrum gegen Vertreibung, das in Berlin entstehen soll. Von Warschau aus betrachtet, würde dieses Zentrum in Sichtweite des Holocaust-Denkmal stehen – für viele Polen eine unerträgliche Relativierung deutscher Schuld.

Die Übernahme der deutschen Gebiete hätten die Polen stets ‚auch als Wiedergutmachung für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg verstanden‘, sagt der Forscher Ruchniewicz und verweist dezent darauf, dass die Vertriebenen keineswegs nur Opfer, sondern auch Stütze des Hitler-Regimes gewesen seien. „Über 50 Prozent der Deutschen in Pommern, Ostpreußen und Schlesien haben die Nazis gewählt, die Städte hier waren Hochburgen der Nazis!“

Deutliche Worte, über die so mancher nachdenken sollte.

• ESCH

Das hier zitierte Dossier findet der Interessierte in der „Zeit“ Nr. 23 vom 27. Mai.

## KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

### Kurt Müller

Am Tage seiner Hinrichtung, am 26. Juni 1944, schrieb Kurt Müller an seine Frau: „Heute, Montag, 15 Uhr, wird meinem Leben ein Ende gesetzt. ... Sollten die letzten Zeilen Dich noch lebend erreichen, so bitte ich Dich, sei nicht traurig, ich habe dann alles überstanden.“ Schon vorher war seine Schwester, Ilse Stöbe, die als Kundschafterin für die Sowjetunion tätig gewesen war, am 22. Dezember 1942 hingerichtet worden. Seine Mutter war im Januar 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück an den Auswirkungen der schweren Haftbedingungen verstorben. Kurt Müller, von Beruf Tischler und Mitglied der KPD, wurde am 2. Februar 1905 in Berlin geboren. Kaum war Adolf Hitler Reichskanzler geworden, schleppte ihn SA-Schläger in einen ihrer Folterkeller und behandelte ihn grausam. Wieder in Freiheit, nahm er auf vielfältige Weise am antifaschistischen Widerstand seiner Partei teil. Während des Krieges arbeitete er eng mit dem Oberarzt Dr. Georg Groscurth – später am 8. Mai 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden enthauptet – und seinen Freunden, Antifaschisten bürgerlicher Herkunft, zusammen. Er nahm an mehreren Zusammenkünften ihrer Widerstandsgruppe teil, knüpfte Kontakte zu Personen und Gruppen der KPD, half ihnen bei der Vervielfältigung von Flugblättern und übergab ihnen antifaschistische Materialien. Für von den Faschisten aus rassistischen Gründen verfolgte Menschen besorgte er geheime Unterkünfte, um sie von der Deportation zu bewahren.

Im September 1943 wurde Kurt Müller verhaftet und im April 1944 zum Tode verurteilt.

• KURT SCHNEIDER

### Frauen in Buchenwald

Buchenwald, das Männer Konzentrationslager, führte Anfang 1945 in seinen Listen mehr als zehn Prozent Frauen, in den Außenlagern sogar mehr als 30 Prozent. Sie darbtten als Sklavinnen in den Rüstungsbetrieben.

Dr. Irmgard Seidel forscht seit Jahren über diesen von der Geschichtsschreibung bisher wenig wahrgenommenen Fakt. Am 2. Juni stellte sie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Leipzig Ergebnisse ihrer Arbeit unter dem Thema „Die Frauenlager des KZ Buchenwald und die deutsche Rüstungsindustrie“ vor. Vor allem ging es dabei um die Zwangsarbeit in den Hasag-Werken Leipzig. Kompetente Gesprächspartnerin war weiterhin Charlotte Zeitschel von der Gedenkstätte Zwangsarbeiter Leipzig. Eine Ausstellung brachte Zeitdokumente nahe. • MX



Der Augustusplatz. Augusteum und Paulinerkirche bilden vor 1897 städtebaulich eine Raumwand.

Fotografie um 1890

An den vor allem als Universitäts- und Stadtbaumeister tätigen Architekt Albert Geutebrück (1801–1868), dessen klassizistische Bauten über einige Jahrzehnte hinweg zu denen gehörten, die das Bild Leipzigs prägten, erinnern heute nur noch das einstige Königliche Palais in der Ritterstraße/Ecke Goethestraße und der Große Blumenberg am Richard-Wagner-Platz. Andere von ihm errichtete Gebäude fielen dem Bauboom um die Wende zum 20. Jahrhundert, dem Zweiten Weltkrieg und dem Neubau der Karl-Marx-Universität zum Opfer, darunter das Senatsgebäude, das Augusteum, die Hauptpost, die Deutsche Buchhändlerbörse und die Sternwarte.

Aus der von Birgit Hartung verfassten ersten Monografie über Albert Geutebrück, die eine wesentliche Lücke in den architekturgeschichtlichen Annalen der Messestadt schließt, stammt der nachstehende Beitrag zur Baugeschichte der Paulinerkirche, an deren mehrmaligem Umbau Geutebeck beteiligt war. Im Unterschied zu nicht wenigen Veröffentlichungen, die der Baugeschichte dieser Kirche nicht gerecht wurden, besticht die ungeschönte und sachliche Sicht der Autorin.

K. SCH.

Im Jahr 1240 wurde die den Leipziger Dominikanern gehörende Klosterkirche St. Pauli geweiht. Bis Ende des 15. Jahrhunderts blieb sie baulich nahezu unverändert. 1485 wurde das dreischiffige Langhaus eingewölbt sowie ein Kreuzgang mit Empore errichtet, zwischen 1517 und 1521 entstand ein neuer dreischiffiger Hallenchor. Auf Befehl der sächsischen Kurfürsten Moritz mußte dieser jedoch 1546 wieder abgetragen werden, um die Wehrhaftigkeit der Stadt zu erhöhen. Der Chor wurde daraufhin flach geschlossen und hatte an der Außenfront zwei Strebepfeiler und zwei Fenster.

Seit 1709 fand in der Universitätskirche der akademische Gottesdienst statt. Zu diesem Zweck wurde der Bau ab 1710 repräsentativ umgestaltet: Als neuer Eingang wurde ein West-

## Die Paulinerkirche

portal in barocker Gestalt angelegt, im Inneren baute man eine Vorhalle und für den akademischen Gottesdienst doppelgeschossige Emporen ein. Während der Völkerschlacht bei Leipzig diente die Kirche 1813 als französisches Lazarett und Gefangenenerlager. Die dadurch entstandenen Schäden wurden von 1814 bis 1817 beseitigt. Bei dieser Gelegenheit erhielten die neu verputzten Wände und Pfeiler einen silbergrauen Anstrich. In einem Brief an das Kultusministerium in Dresden berichtete Albert Geutebrück 1835 über den schlechten baulichen Zustand der Kirche. Über der südlichen Front sei das Dach so verfallen, dass die dortigen Emporen sogar vermauert werden mußten. Das Holzwerk über dem Kirchenschiff sei nicht nur verfault, sondern auch mit Kugeln aus den letzten Kriegen durchlöchert. Die Dacheindeckung sei durch verfallene Dachfenster und alte verstockte Dachlatten undicht, und da es deshalb hineinregne, sei an einigen Stellen das Kirchengewölbe schon in Mitleidenschaft gezogen worden. Da der Dachboden vermietete Räume enthielt, musste er zügig wieder hergestellt werden. Als Kosten wurden u. a. veranschlagt: für die Dachreparatur 4391 Taler, für die Reparatur des östlichen Giebels 3627 Taler und für die Reparatur der restlichen Kirche 800 Taler.

Die Ausbesserungen und der Umbau dauerten bis 1838. Das Chorhaupt am Augustusplatz wurde in seiner äußeren Gestalt dem Augusteum klassizistisch angepaßt und stellte künstlerisch dessen Gegenstück dar. Die Sockelzone der Kirche mit rechteckigem Quaderputz hatte dieselbe Höhe wie das Erdgeschoß des Universitätshauptgebäudes. Darüber lag ein breites Gesims, das an der Kirche als Sohlbank für die vier Fenster diente und parallel zum Gesims über den Erdgeschoßfenstern des Augusteums verlief. Die Chorfassade war durch vier

Strebepfeiler mit Spitzbogenblenden gegliedert. Über der Spitze des Bogens war ein Ankerkreuz eingeschnitten.

Die Fassade enthielt motivische Formelemente des Klassizismus und der Gotik. Die horizontale Betonung durch die Geschoßaufteilung der Chorwand, in Angleichung an das Augusteum, wurde ergänzt durch die vertikale Tendenz in der Mittelpartie der Chorwand und in ihrer Giebelform. Die Schauseite zum Augustusplatz wirkte wie ein großes Portal.

Die Arbeiten im Inneren der Kirche stellte Geutebrück vorerst zurück, bis die Reparaturen am Dach und den Giebeln weit genug fortgeschritten waren. Bereits 1835 begann er aber mit der Planung eines Denkmals für den 1309 verstorbenen Markgraf Dietzmann, dessen sterbliche Überreste in der Paulinerkirche aufbewahrt wurden. ...

Ende 1838 konnte Geutebrück an das Kulturministerium melden, daß der Umbau „eines neben dem Altarplatz befindlichen Gewölbes zu einer Grabkapelle, behufs der Aufstellung eines Denkmals für den Markgrafen Dietzmann bis zur inneren Decoration vollendet“ sei. Die alten Einbauten waren abgebrochen, die ungleichen Mauern ausgeglichen, und gegenüber dem Eingang war ein größeres Fenster, „in Form und Verglasung mit dem zukünftigen Zwecke des Raumes harmonisierend“ eingebaut worden.

Der Eingang vom Altarplatz war mit einer Gittertür versehen, um eine freie Übersicht der Kapelle zu gewährleisten – wofür in der Kirche das Pflaster 16 Zoll tiefer gelegt wurde. Was noch fehlte, waren Wandmalerei und Sarkophag. Hierzu hatte Geutebrück zwei Vorschläge nebst Zeichnungen eingereicht: ein Holzarkophag mit abnehmbarem Deckel („Hierbey wurden einfachere Formen berücksichtigt und Bildhauerarbeit thunlichst vermieden“), lediglich eine Inschrift soll auf den

Zweck hinweisen, oder aber ein Steinsarkophag, „wie mittelalterliche Grabdenkmale mit einem auf demselben ruhenden Steinbilde des Markgrafen versehen“.

Die Kapelle im unteren Turmgeschoß an der Südostecke des Chores wurde nicht vollendet. Für die sterblichen Überreste des Markgrafen errichtete Ernst Rietschel 1841 ein Hochgrab in der Mitte des Chores.

Reichlich fünfzig Jahre später fand man die Gestaltung von Augusteum und Paulinerkirche nicht mehr zeitgemäß. Die Fassade der Kirche wurde als unwürdig angesehen: weder ihrem Rang als Universitätskirche noch ihrer historischen Bedeutung würde sie gerecht. Da außerdem Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden mußten, berief der Akademische Senat eine Baukommission, die Arwed Roßbach mit der Umgestaltung beauftragte. Der Universitätsneubau sollte im Stil der Neorenaissance ausgeführt werden, die Kirchenfassade in Neogotik. Diese „vollständige stilgerechte Herstellung“ entsprach den zeitgenössischen Vorstellungen von einem „reinen Stil“. Da die Kirchenfassade (wie auch das Augusteum) als „nicht erhaltenswert“ galt, wurde sie 1897 abgebrochen. Damit war die städtebaulich imponierende Raumwand zerstört. Statt eines aufeinander abgestimmten Bauensembles standen nun zwei einzelne, stilistisch völlig verschiedene Gebäude nebeneinander: ein Sakralbau und der monumentale Profanbau der Universität.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kirche – im Unterschied zu vielen anderen Universitätsgebäuden – kaum beschädigt. Im Zuge der Neugestaltung des Universitätsgeländes wurde sie 1968 jedoch gesprengt. Heute steht an ihrer Stelle das Hauptgebäude der Universität.

Birgit Hartung: *Albert Geutebrück. Baumeister des Klassizismus in Leipzig. Lehmsiedt Verlag, Leipzig 2003. 144 S., 69 Abb., 14,90 Euro. Die Redaktion dankt dem Verlag für die Genehmigung des Abdrucks.*



Von  
**KLAUS HUHN**

Ich hatte mir fest vorgenommen, nie wieder über Leipzigs Olympiabewerbung zu schreiben. Die Affäre schien endlich vorüber zu sein. Die Organisationsgesellschaft und ihre Filialen mussten noch abgewickelt werden, aber in einer Gesellschaft, in der die Insolvenzrichter ständig Überstunden machen, schien das kein Thema mehr zu sein. Dann aber traf sich das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees – nicht in Leipzig, sondern in einer attraktiven Villa am Berliner Kleinen Wannsee – und hatte sich vorgenommen, noch einmal zu „untersuchen“ woran es gelegen hatte, dass Leipzig schon in der Vorrunde ausgeschieden war. Treffender wäre vielleicht „unten suchen“ gewesen. Man kam nämlich darauf, dass man Leipzig gar nicht erst hätte vorschlagen dürfen. Da heutzutage niemand mehr eine Ursache sucht, sondern dafür eine Unternehmensberatung engagiert, wurde auch in diesem Fall eine „Consulting mit der Prüfung des nationalen Bewerber-Procederes und Leipzigs internationaler Performance“ beauftragt, wie die *Berliner Zeitung* direkt vom Kleinen Wannsee meldete.

Wie immer: Man verlor keine Silbe darüber, was der Spaß kostet, wer ihn bezahlt. Aber wir können guten Gewissens versichern, dass dieses Geld in jedem Fall denen verlorengeliegt, die sich um den Sport in diesem Land bemühen, um Kinder, die vielleicht ein Rollerrennen bestreiten, Frauen, die nicht nur ihrer Figur wegen Gymnastik treiben wollen und bisher keine Halle fanden oder meinetwegen auch

einen Trupp älterer arbeitsloser Männer, die jemanden suchen, der ihnen das Fahrgeld zu einem Alte-Herren-Turnier bezahlt. Nein, dieses Geld steht vorerst nicht zur Verfügung, aber sicher wird der mächtige Herr Schily die Summe lockermachen, um das Honorar für die „Consulting-Firma“ bezahlen zu können. Mein Geheimtip: Die sächsische PDS

nicht mal eine Consulting Company!

Ein anderes Thema. Als ich diese Tage beim ND-Pressesfest mit Spotless-Büchern handelte, kam jemand, gratulierte mir zu meinem Taschenbuch „Olympische Episoden“ und schenkte mir eine Autogrammkarte. Unter uns: Ich sammle keine Autogrammkarten, aber die

### Sportkolumne

## Wie ich als Unternehmensberater tätig wurde

besteht darauf, dass diese Untersuchung ausgeschrieben wird und bewirbt sich dann mit einer Gruppe erfahrener Organisatoren um den Job, zahlt denen ein gebührendes Salär und sichert mit dem Rest die Kasse von LN im Hinblick auf Wahlkämpfe und andere wichtige Anliegen. (Diesen Ratschlag liefere ich kostenlos!) Übrigens: Während die Olympia-Weisen am Kleinen Wannsee ihre Pläne schmiedeten, tagte im schönen Miami der Vorstand der Internationalen Skiföderation und entschied über die alpinen Weltmeisterschaften 2009. Im ersten Durchgang wurden für einen Bewerber nur zwei der 15 Stimmen abgegeben, woraufhin der augenblicklich ausschied. Dieser Bewerber hieß Garmisch-Partenkirchen, ein Ort, der bekanntlich wie Leipzig in Deutschland liegt, aber im Gegensatz zu Leipzig schon Olympische Spiele arrangierte und obendrein zahlreiche Ski-Weltmeisterschaften. Eine halbe Million Euro hatte die Bewerbung gekostet. Fragt mich jemand, woher das Geld kam, würde ich ihm antworten: Siehe oben.

Also: Vielleicht sollte auch mal jemand untersuchen, wie deutsche Sportfunktionäre heutzutage andersorts auftreten. Dazu bräuchte man

habe ich so abgelegt, dass ich sie jederzeit wiederfinde. Das Bild zeigt Fußballtrainer Hans Meyer, und vor dem habe ich enormen Respekt. Nicht, weil er die alte Tante Hertha vor dem Abstieg – und damit die Hauptstadt vor einem Desaster – bewahrte, sondern wie er das getan hat. Nachdem einer dieser Hoeneß-Brüder den Verein als Manager mit seinen Einfällen in die Ausweglosigkeit manövriert hatte, tat der in seiner Verzweiflung einen Schritt, der in der Hertha-Chronik für ewig und alle Zeiten als Ausnahmeregelung vermerkt werden dürfte: Er holte einen früheren DDR-Fußballtrainer. Und der kam, sah, redete nicht viel, siegte und ging wieder. Ließ nicht mit sich über einen tollen Vertrag handeln, verzichtete auf eine angeblich tolle Gage und fuhr nach Hause. Zuvor hatte er noch einigen Journalisten Nachhilfeunterricht im Fragenstellen und Fragenbeantworten gegeben. Als sich zum Beispiel abzeichnete, dass er Hertha retten könnte, lud man ihn flugs ins ZDF-Sportstudio. Er ließ wissen: „Quatschen können wir später noch genug – wenn wir durch sind!“ Wieder „siehe oben“: Vielleicht gilt das nämlich auch für Olympia- und andere Bewerbungen ...

## TELESKOP

### Kunstgeräusche

Also, ich meine jetzt nicht diese kreischende Göre in der Ich-bin-blöd-Markt-Reklame, die am Ende des Spots irgendwas brüllt, was nur Wunderhörer verstehen können. Ich bin da sowie-so hilflos. Da hilft nicht mal meine Phantasie. Und die rettet mich sonst von früh bis abends, um Sätze meiner Gesprächspartner zu vervollständigen. Stocktaub wie ich bin, ist das sozusagen überlebenswichtig. Meine Mikroelektronik im Ohr kann zwar Unvorstellbares, aber halt doch nicht alles. Ungetrübten Fernsehgenuss aber macht sie möglich, und zwar mittels einer sogenannten Hörschleife unter meinem Sofa und einem kleinen Schalter an meinem Hörgerät.

Kurz gesagt, ich kann die störenden Raumtöne ausschalten und habe Fernsehen pur direkt auf dem Trommelfell. Das funktioniert prima, wenn auch nicht bei oben genannter Göre. Aber da passen, wie ich erfragte, auch andere. Mein Fernsehgenuss klappte beispielsweise vorzüglich, als ich mir jüngst Ingmar Bergmanns „Szenen einer Ehe“ wieder einmal regelrecht reinzog. Himmel, was gibt es für Filme! Da reden zwei miteinander – und man versteht jedes Wort. Filmmusik ist eingesetzt, um Stimmungen anzuzeigen und nicht um die Sprechenden auf Teufel komm raus zu übertönen. Dieser Bergmann hat es nicht mal nötig – wenn Johan gerade wieder ein Eheproblem unter den Teppich kehrt und zu Marianne sagt, „aber wir essen doch sonntags immer mit den Eltern. Mit deinen oder meinen“ – ein Düsenflugzeug über das Haus donnern und dazu das Telefon klingeln zu lassen. Was ja noch ein geringer Mitteleinsatz wäre, angesichts dessen, was Jungregisseure heute so an Trommelfell-Vernichtung parat haben.

Ehrlich, verstehen Sie die Dialoge in den Filmen, die uns die Programme jetzt so bieten? Ich meine die neu gedrehten, die Serien und all den Kram? Da unterhalten sich zwei im Auto – ein wichtiges Gespräch, um den Fortgang der Dinge zu erfassen. Aber das ahnt man nur. Denn zur überlaut plärrenden Musik kommen sämtliche Fahrgeräusche, die ein modernes Auto eigentlich gar nicht mehr zulässt. Gleichzeitig klingelt mindestens ein Handy, während ein vorbeirauschendes Auto hupt, falls nicht auch noch zwei andere gerade geräuschvoll zusammenrauschen und die im Kofferraum eingesperrte Lady laut gegen das Blech trommelt.

Das ist Kunst. Und die soll ja auch keiner einfach bloß so verstehen.

• MAXI WARTELSTEINER

## Lesen was andere verschweigen:



## Jetzt drei Monate Probeabo!

Ja, ich will das Probeabo nutzen!  
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 €  
statt 7,00 €.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.

Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Kreditinstitut: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch. Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von „Leipzig Neue“ geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: \_\_\_\_\_

## BEI ANDEREN GELESEN

„Ich kann nicht Fürstendiener sein“, sagt in Friedrich Schillers „Don Carlos“ ... Marquis von Posa im Gespräch mit dem König. Auf des Königs Einwände reht der Marquis Grund an Grund, um vielfach verstärkt zu wiederholen: „Ich kann nicht Fürstendiener sein.“

Von denen, die gegenwärtig in Thüringen regieren, könnte das mit solchem Nachdruck keiner sagen. Und von den Abgeordneten des Landtags? Zwar nicht: keiner. Aber doch nur

## Feudale Mäuse

wenige. Denn durch einen am 4. Juli 2003 gefassten Beschluss haben sie sich in ihrer Mehrheit zumindest als Fürstenbediener erwiesen. In Ausführung besagten Beschlusses waren bis 30. September 2003 zwei Millionen, bis 28. Februar 2004 zweieinhalb Millionen und sind bis 31. Mai 2004 elf Millionen Euro an die von Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach vertretenen Angehörigen bzw. Nachkommen dieses Herzoghauses zu zahlen. Und man darf bzw. muss gewiss sein: Die Beträge – in der Summe also 15,5 Millionen Euro – werden bis zum Ende dieser Woche pünktlich und vollständig überwiesen worden sein. Fröhliches Pfingsten der Feudalerben, wenn sie die in ihren fürstlichen Schatullen sich drängelnden Mäuse japsen, piepsen und quieken hören. ...

In einem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 4. Mai 2004 veröffentlichten Aufsatz zur Bodenreform, in welchem nachgewiesen wird, dass Eigentum weder „staatsfest“ noch „geschichtsfest“ ist, schrieb Prof. Dr. Joachim Lege: „Die Alteigentümer wollen von der Wiedervereinigung in einer Weise profitieren, die über jedes berechnete hinausgeht.“ Finden wir damit in verallgemeinernden Worten ausgedrückt, was auch Michael Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach persönlich verkörpert?

• **KLAUS HÖPCKE**,  
in: Junge Welt v. 29. 5. 04

Kürzlich besuchte ich in der Herrmann-Meyer-Str. 38, und zwar in den Räumen des vom „Verein älterer Frauen Sachsens e. V.“ betriebenen Galeriecafés H & M, eine Ausstellung mit dem Titel „Auf dem Dienstweg“. Die Autorin, Anette Seese, ist den wenigen Spuren nachgegangen, die aus der NS-Zeit von damals in Leipzig lebenden Sinti und Roma noch auffindbar waren. Es entstand eine erschütternde Dokumentation über das Schicksal einiger Angehöriger dieser Volksgruppe, ihre

## Sinti und Romas einst in Leipzig

Verfolgung durch die NS-Behörden, das Verhalten der deutschen Mitbürger und die Deportation nach Auschwitz.

Diese bis Juli zu besichtigende Ausstellung an der Peripherie der Stadt ist kaum bekannt, wird wenig besucht, was um so bedauerlicher ist, als zwar über die Verfolgung der Juden viel berichtet wird, das Schicksal der Sinti und Ro-

ma aber kaum bekannt und zudem das Wissen über sie mit vielen Vorurteilen belastet ist. Daran ändert auch die vor Kurzem aufgestellte Skulptur an der Oper nichts. Meines Erachtens ist diese Ausstellung eine gute Gelegenheit, Unwissenheit und Vorurteile über die Sinti und Roma ein wenig abzubauen. Sie ist täglich von 10 – 16 Uhr geöffnet.

CLAUS UHLRICH, LEIPZIG

## Literaturgespräche unterm Dach?

Vor einiger Zeit gab es durch junge PDSler den Anstoß, durch eine interessante Veranstaltungswoche sozusagen mehr große L, das konnte heißen mehr LEBEN, mehr LEUTE, mehr LACHEN oder zumindest LÄCHELN, mehr LINKS überhaupt, aber auch mehr LITERATUR in das Liebknecht-Haus in der Braustraße, so auch in den schönen anregenden Raum unterm Dach zu holen. Dieser Versuch ist nicht ganz ohne anhaltende Folgen geblieben.

Die AG LISA konnte wiederholt dort zu Lesungen mit den Schreibenden der FREITAGSWERKSTATT/Verein DIALOG e.V. einladen. Und diese Treffen nahmen wir nun zum Ausgangspunkt einer kleinen Veranstaltungsreihe, die monatlich, am letzten Freitag ab 18 Uhr, unter dem Titel „Unterm Dach. Literaturcafé am Freitag“ steht.

Im April stellte die Werkstatt unter ihrer Vereinsbezeichnung „Erzählen und Schreiben“ ihre neueste Anthologie „Leipziger Rückspiegel. Literarische und publizistische Texte zur Stadt- und Regionalgeschichte“ vor. Im Mai starteten wir die zweite Variante der Reihe „Vorlesen und Zuhören“, sie möchte Literaturfreunde zusammenführen, die schon immer einmal über ein ihnen besonders wichtiges Buch, über eine unbedingt zu verbreitende Publikation mit anderen sprechen möchten. Drei LISAFrauen boten mit Textstellen aus Büchern von Ephraim Kishon und Mahadma(?) Gandhi und Robert L. Hilliard ein erstes Angebot. Das Gespräch folgte dringlich und ohne Kunstpause. Wir hoffen auf weitere mitgebrachte Überraschungen das

nächste Mal ...

Im Juli nun soll ein Abend mit dem Akzent „Rezitieren und Korrigieren. Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag“ folgen; da können Literaturliebhaber aller Jahrgänge überprüfen, ob sie Gedichte oder Texte ihrer Passion (oder Pflichtaufgabe), die sie lieben oder vielleicht gerade besonders beschäftigen müssen, auch gut, also verstehbar und wirkungsvoll, vortragen können. Es wird sich dabei zugleich überprüfen lassen – denn beim Vorlesen und Vortragen kommt es heraus! – ob der Text vom Vortragenden selbst schon wirklich verstanden wurde.

Luise Wilsdorf, in Leipzig vielfach tätig als Regisseurin und Schauspielerin, wird diese kleinen Übungsstunden mit professionellem Ratschlag begleiten.

All dies wäre erfolgreich, wenn es gelänge, zahlreiche Lesende und Zuhörende aus einem nur passiv-isoliertem Aufnehmen von Literatur, aus einem nur anonymen Begeistertsein über literarische „Begegnungen“ herauszuführen. Gespräche über Literatur sind ja Gespräche über Leben ...

Nach einer Sommerpause im Juli und August folgen im Herbst am

**24. September, 18 Uhr:** „Erzählen und Schreiben. Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT“

**29. Oktober, 18 Uhr:** „Vorlesen und Zuhören. Offener Lektüre- und Gesprächskreis“

**26. November, 18 Uhr:** „Rezitieren und Korrigieren. Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag“.

DR. CHRISTEL HARTINGER  
(AUCH LISAFRAU)

Zu LN Nr. 10'04: Jörgen-Schmidtchen-Weg ...

## Ausgelöscht

Auf dem Schönefelder Friedhof in Leipzig wurde einst für den ermordeten Unteroffizier der Grenztruppen der DDR Jörgen Schmidtcheneine würdige Ruhestätte errichtet.

Kaum war die sogenannte Wende vollzogen, tilgte man seinen Namenszug und funktionierte diese Anlage zu einem Urnengrab um. Damit wurde das Andenken an Jörgen Schmidtchen auf diesem Friedhof ausgelöscht.

ERICH KÖHN, LEIPZIG

## Olympia geht dem Gelde nach

Leipzig ist enttäuscht – Olympia findet woanders statt.

Es findet dort statt, wo Geld zu verdienen ist. Die Spiele der kurzen Wege, was soll das? Wenn der Sportler oder der Zuschauer zu Fuß an die Sportstätten pilgern kann, kann das Kapital nichts verdienen. Vor allem können die Hotelketten nichts verdienen. Sie waren in der Stadt nicht präsent, und Leipzig hatte ein anderes Konzept, das passte nicht. Ohne Moos nichts los. Olympische Spiele sind heute Massenveranstaltungen, wo Geld verdient werden muß. Die trügerischen Vorstellungen, die Jugend der Welt trifft sich, um im friedlichen Wettstreit die Kräfte zu messen, die kann nur noch ein Träumer haben. Sportler werden manipuliert (auch mit Doping), damit der „Sponsor“ immer im Bild ist.

Was ist passiert? Da Deutschland offensichtlich von vornherein keine reale Chance hatte, die Spiele zu bekommen, wurde Leipzig als Bewerberstadt gekürt. Einige haben sich immens angestrengt und den Traum geträumt, und sind jetzt enttäuscht. Müssen sie nicht. Sie haben sicher eine gute Arbeit geleistet, aber auch sie wurden im Räderwerk der Politik und des Kapitals gewaltig vera.....! So wie die Bürger der Stadt Leipzig und den Vielen in Deutschland, welche immer noch an Ideale glauben.

Schminkt sie Euch ab, die Ideale! In der Welt des Geldes gibt es keine Ideale mehr, hoffentlich haben das Einige nun begriffen. Es sind ja bald Wahlen – auf geht's!  
FRITZ DOST, LEIPZIG

Anzeige



Es ist Sonnabend morgen. Es regnet in Strömen. 14 Uhr soll unser Kinderfest auf dem Gelände der Gaststätte „Reudnitzer Terrassen“ beginnen. Keiner der OrganisatorInnen glaubt in diesem Augenblick, was uns dann überraschen und erfreuen wird.

Schließlich aber hat es doch aufgehört zu regnen und die Gelegenheit, unser Kinderfest mit Kind und Kegel zu besuchen, wird zahlreich genutzt. Keiner hat gezählt, aber es sind wohl mehr als einhundert Kinder und Erwachsene, die dunkle, drohende Wolken nicht abschreckten.

Auf die Kinder warten viele Überraschungen. Ein Hüpfburg ist aufgebaut. Die Kids können Eierlaufen, Sackhüpfen, auf Stelzen laufen, Topf schlagen und vieles andere mehr. Zwei Musikanten unterhalten die Anwesenden mit stimmungsvollen Klängen.

Die Erwachsenen nutzen die Gelegenheit zum Plausch mit den anwesenden Kandidaten für die Europa- und Kom-

## Mit Kind und Kegel

Kinderfest am 5. Juni der BO Anger-Crottendorf und Reudnitz-Thonberg

munalwahlen u. a. Margitta Hollick, Juliane Nagel, Cynthia Pfingst und Ulf-Peter Graslaub. Es gibt viele Fragen und viele Antworten. Irgendwann gegen 17 Uhr wollten wir dann Schluss machen, doch überredeten uns die Kinder und die Erwachsenen: „Ihr könnt doch jetzt nicht einfach Schluss machen.“ Doch irgendwann muss auch ein Kinderfest einmal enden.

Wir sind vom Erfolg des Kinderfestes überzeugt. Die Ergebnisse der am 13. Juni stattfindenden Europa- und Kommunalwahl werden zeigen, ob wir auch die Herzen der Erwachsenen erreicht haben.

Die Herzen unserer Mitglieder haben wir auf jeden Fall erreicht, denn dank der Spenden von 192 Euro konnten wir unser Fest überhaupt erst durch-

führen. Herzlichen Dank.

Die OrganisatorInnen waren sich zum Schluss einig, dass man in nächster Zeit eine Neuauflage des Kinderfestes durchführen könnte.

GERD EILTZER,  
LEIPZIG



Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Mittwoch, 16. Juni, 19 Uhr, Dresden**Buchvorstellung: *Rosa Luxemburg und die Künste*. Mit dem Autor Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Leipzig „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21**Mittwoch, 16. Juni, 18 Uhr, Leipzig**Buchvorstellung: *Eine Partei gibt sich auf*. Wie die PDS wurde, was sie ist. Wo steht sie heute, und wo liegt ihre Zukunft? Mit dem Autor Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider Harkortstr. 10**Donnerstag, 24. Juni, 17.30 Uhr, Leipzig**

Politischer Strukturwandel in der Ukraine. Mit Prof. Dr. Manfred Schünemann, Berlin. Kostenbeitrag 1,50 Euro \*\*\* Harkortstr. 10

**Freitag, 25. Juni, 19 Uhr–Sonabend, 26. Juni, Freiberg**Konferenz *Grundeinkommen statt Sozialabbau in Deutschland und Europa – Wege und Ziele*. Mit Uta Rensch (OB Freiberg), Ronald Blaschke, Michael Opielka (ISOE), Katja Kipping (MdL) u. a. In Zusammenarbeit mit Sächsische Armutskonferenz, Meinung und Trend – Sächsisches Zentrum für angewandte Sozialwissenschaften, Kommunalpolitisches Forum e. V., ag betrieb & gewerkschaft \*\*\* Pi-Haus, Beethovenstraße**Freitag, 25. Juni, 19 Uhr–Sonabend, 26. Juni, Töpel**

Probleme junger Menschen in der aktiven Kommunalpolitik – Wahrnehmen und wahrgenommen werden von den Medien. Referate, Diskussionen, Übungen, Rollenspiel. Für junge Politiker aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen, ca. 15 Teilnehmer \*\*\* JBW Dresden, Kommunalpolitisches Forum Sachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Teilnehmerbeitrag 10 Euro. Anmeldeschluss 15. 6. 2004. Kontakt: kontakt@jugendbildungswerk.de Töpelmühle, 04720 Töpel

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Die Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen trauern um ihren Vereinsfreund

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Friederici**

15. 12. 1922 – 7. 6. 2004

Wir trauern um einen engagierten Hochschullehrer und verdienten Historiker der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, einen Freund und Kollegen

Die Trauerfeier findet am 12. Juni 2004, 11 Uhr, Friedhof Wahren, statt

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

**Natur pur**Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern  
Ferienbungalows in landschaftlich reizvoller Lage zu vermieten!

- in Jabel b. Waren/Müritz, ruhige Lage im Wald
- zwei Bungalows für je 2–3 Personen, mit Wohnraum (TV mit SAT-Programm), Schlafraum, Küche mit E-Herd, Kühlschrank, Kaffeemaschine, Wasserkocher, warmes und kaltes Wasser, IWC mit Dusche (Heizmöglichkeit) Sonnenterrasse mit Gartenmöbeln und Gartenschaukel
- Bademöglichkeit in einem sauberen See Ruderboot vorhanden
- günstiger Ausgangspunkt für Wanderungen im Müritz-Nationalpark (dort Fahrradausleihe)
- in der Zeit vom 17.07. bis 24.07. oder 07.08. bis 21.08.2004 sind noch freie Plätze
- Übernachtungspreis pro Bungalow 175 Euro/Woche. In diesem Preis sind die Kosten für Wasser und Elektroenergie enthalten.
- Zeltaufbau für Kinder möglich
- **Anfragen und Informationen:**

ab sofort an Fritz Rasenberger  
Dorfstr. D 64  
04523 Elstertrebnitz  
Tel.: 034 296 / 75 901

oder an Fam. Halle  
Am Kirschberg 11  
04209 Leipzig  
Tel.: 0341 / 42 10 748

**Sonderausstellung im Leipziger Naturkundemuseum****Pollen in Medizin und Archäologie**

Überraschend, wie anschaulich ein Gegenstand museal dargestellt werden kann, bei dem es zunächst so gut wie nichts zu sehen gibt: Blütenstaub. Modelle in tausendfacher Vergrößerung, Mikroskope und Schautafeln vermitteln den Zugang zur Welt der Pollen, die durchaus nicht nur für Botaniker von Interesse sind, wie die Ausstellung veranschaulicht.

Allergiker fürchten die Pollen, weil sie das Immunsystem von Menschen angreifen und Erkrankungen der Atemwege und der Nasennebenhöhlen verursachen. Auch Tiere sind ihnen ausgesetzt. Pollenanalysen ermöglichen die Diagnose von Allergien und sind Voraussetzung für die Entwicklung von



Gegenmitteln. Aber auch für Archäologen und Geologen sind die artenspezifischen Pollen von Interesse als Hilfsmittel zur Datierung natur- und kulturgeschichtlicher Vorgänge. Da sie über Jahrtausende umweltresistent sind, können

die u. a. bei Bohrungen in Mooren, in Seen und Höhlensedimenten zu Tage geförderten Kleinfossilien Auskünfte geben über Klima, Vegetation und frühgeschichtlichen Ackerbau. Die Sonderausstellung, die das Naturkundemuseum zeigt (noch bis zum 15. August), wurde im Institut für Vor- und Frühgeschichte der Universität Kiel und dem Institut für Dithmarscher Vorgeschichte in Heide (Schleswig-Holstein) konzipiert und bereits in mehreren Städten Westdeutschlands gezeigt. In Leipzig ist die Professur für Ur- und Frühgeschichte der Universität an der Präsentation beteiligt. Die Ausstellung wird begleitet von einem öffentlichen Kolloquium zur „Anwendung archäobotanischer Verfahren in der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie“.

• G. L.

**Stadtbibliothek Leipzig**

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

**Ausstellungen**

Die Artothek der Stadtbibliothek, Oberlichtsaal, 2. Etage, 19. 6. bis 14. 8.

Bilderbücher – Bücherbilder, Egbert Herfurth zum 60. Geburtstag, Galerie der Kinderbibliothek, noch bis 26. 6.

Geschichte erlebbar, Historische Bücher von Schriftstellern aus der Region, Kabinettausstellung des Literaturarchivs, 1. Etage., noch bis 10. 7.

**Veranstaltungen**

16. 6., 14 Uhr, Informationszentrum, 1. Etage: Führung durch die Stadtbibliothek

23. 6., 10 Uhr, Kinderbibliothek, Erdg.: Geschichten vom kleinen König. Im Rahmen der monatlichen Veranstaltungsreihe „Zwergenstunden“, für Kinder von 4–6 Jahren

24. 6., 15 Uhr, Kinderbibliothek, Erdg.: Alles hat einen Namen und vieles hat ein Bild. Texte aus Büchern mit Bildern des Leipziger Grafikers Egbert Herfurth

**NeuschöneFest**

Stadtteilfest in Neuschönefeld am 12. 6., 14–22 Uhr  
im Elsapark (an der Kohlgar-tenstr., mit Linie 8 bis Elsastr.)

**ISOR e. V.**

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

**Ferien camps bei sächsi-  
schen Bauern**

Der Jugendverein Roter Baum e. V. bietet in den Sommerferien folgende Ferienlager auf sächsischen Bauernhöfen an:

10.–20. 7. in Auterwitz (Lommatzcher Pflege)

12.–25. 7. und 25. 7.–7. 8. in Hauptmannsgrün (Vogtland)

11.–24. 7. und 24. 7.–6. 8. in Jänkendorf (Oberlausitz)

Ausführliche Informationen dazu sind telefonisch unter 0351-858 27 20 erhältlich

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

16. 6., 10 und 20 Uhr, Haus Steinstraße: *Spoonface Steinberg* – ab 15 Jahre

18. und 19. 6., 19 Uhr (Premiere): *Spiel mir das Lied vom Peng!* (Jugendtheaterprojekt) – ab 13 Jahre

**SZM**

Stadtteilzentrum Messemagistrade  
Straße des 18. Oktober 10a

17. 6., 19 Uhr, Lesung mit Christa Gottschalk: *Die unwürdige Greisin* (B. Brecht), Eintritt: 4,50 Euro

Polnische Ostsee, deutsche  
Hotelpension 22,00 € ÜF  
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.ta.pl

**Bungalow**

in schöner Lage zu vergeben.

Freie Termine

vom 7. 8. 04–21. 8. 04

und vom 17. 7.–24. 7. 04

noch vorhanden.

Anfragen unter

Tel.: 0341/4210748

**Bestellschein****LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

 **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

 Ich bitte um Rechnung Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

# Unerhörte Begebenheit

Von **REINHARD LOCHNER**

Die ganze Nation trauerte um ihren großen Staatsmann. Was war geschehen? Am Vortag hatte der Premierminister eine Rede gehalten. Er war bescheiden vor die Mikrofone getreten und hatte sich in schlichten Worten an die Bevölkerung gewandt. Zu Beginn seiner Ansprache rühmte er die Klugheit und die Kraft des Volkes. Wörtlich sagte er:

„Liebe Mitbürger, nachdem ich viele Jahre die Staatsgeschäfte geführt habe, bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass ihr eine bessere Regierung und fähigere Politiker verdient. Ich danke euch allen für die Nachsicht, mit der ihr uns so lange ertragen habt. In allen wichtigen Dingen des Lebens besitzen die meisten von euch ein klügeres Urteil als wir, die außerhalb dieses Lebens stehen. Es ist eine traurige Tatsache, dass die Politik den Erfordernissen der Zeit stets nachhinkt. Es ist ebenso wahr, dass Politiker früher oder später den Versuchungen des Geldes, der Macht oder der Eitelkeit erliegen. Meine Partei und ich selbst stellen darin keine Ausnahme dar. Im Gegenteil: als Regierende sind wir die Hauptschuldigen an der schlimmen Lage, in der sich unser Land befindet. Ich fordere euch daher eindringlich auf, uns nicht wieder zu wählen! Für alles Schlechte, das wir euch angetan haben, bitte ich um Verzeihung!“

Die Abgeordneten saßen wie gelähmt auf ihren Bänken. In ihren Augen stand das blanke Entsetzen geschrieben. Die Fernsehübertragung wurde durch eine plötzliche Bild- und Tonstörung unterbrochen. Inzwischen fuhr der Premierminister mit ruhiger Stimme fort:

„Mein aufrichtiger Dank gilt allen, die mich und die Regierung kritisiert und dafür von uns nur Hohn und

Spott geerntet haben. Es beschämt mich zutiefst, dass wir außerstande waren, die wirklichen Probleme und Interessen unseres Volkes zu erkennen. Um einen Teil unserer Schuld abzutragen, bitte ich um Gehör für einige Vorschläge zur künftigen Entwicklung der Nation: Steuereinnahmen dürfen nicht länger für unnütze Dinge vergeudet werden, wie dies allgemein üblich geworden ist. Die Staatsfinanzen müssen in Zukunft ausschließlich dem Allgemeinwohl, also Arbeit und Bildung, Familie und Gesundheit, Kultur und Umwelt zur Verfügung gestellt werden. Für Waffen, Prestigebauten und Schwindelunternehmen darf kein Geld mehr verschwendet werden. In der Außenpolitik müssen wir den Mut für eine Friedenspolitik ohne Wenn und Aber finden.“

Inzwischen waren die Abgeordneten aus ihrer Lethargie erwacht. Zwischenrufe und Pfiffe ertönten, und zu Dutzenden verließen die gewählten Vertreter des Volkes den Saal in Richtung Kantine. Der Premierminister holte tief Luft und sprach unbeeindruckt weiter:

„Nur Männer und Frauen, die ehrlich und bescheiden, kompetent und unbestechlich sind, sollen künftig ein politisches Amt innehaben. Nach maximal zwei bis drei Jahren sollen sie ausscheiden und in ihren Beruf zurückkehren. Skandale und Intrigen, Beschimpfungen und Lügen, Verleumdungen und Betrügereien müssen ein für allemal aus dem politischen Alltag verbannt werden. Die Abgeordnetendiäten dürfen das



durchschnittliche Monatseinkommen höchstens um zwanzig Prozent über ...“

In diesem Augenblick erreichte der Tumult seinen Höhepunkt. Gleichzeitig erschienen hinter dem Rednerpult zwei in Weiß gekleidete Männer, die den Premierminister mit sanfter Gewalt fortführten. Am Tag danach erschien ein ärztliches Bulletin, aus dem hervorging, dass der Premierminister infolge einer geheimnisvollen Krankheit von tiefer Sinnesverwirrung befallen ist und in diesem traurigen Zustand eine Rede entgegen aller politischen Vernunft, Sitte und Moral gehalten hat. Vertreter aller Parteien äußerten ihre Betroffenheit. Staatsmänner aus aller Welt bekundeten ihr Mitgefühl. Millionen von Menschen versanken in Trauer und Ratlosigkeit. Doch das Leben ging weiter.

## Thälmann wieder auf Festung

Erst wollten wir nicht glauben, was uns einer in den märkischen Wäldern erzählte, aber dann wechselten wir die Wandertiefel für einen Tag gegen Halbschuhe und zogen stadteinwärts. Einer aus unserer Runde erinnerte sich sehr gut daran, dass in Staaken-West vor Jahr und Tag ein Thälmann-Denkmal gestanden hatte, und zwar mitten auf dem Thälmann-Platz. Und da begann unser Dilemma: Es gibt keinen Thälmann-Platz mehr.

Erklären muss ich Leipzigern und anderen Nicht-Berlinern wohl noch, dass die Alliierten 1945, als sie ihre Grenzen auf den Karten zogen, Staaken-West der sowjetischen Besatzungszone zuschlugen, obwohl es auch schon zu Staaken gehört hatte, das wiederum zum britischen Sektor Berlins gehörte. 1990 zog – das hört man ja jeden Tag und überall – wieder Ordnung in Deutschland ein und Staaken-West kehrte zurück nach Berlin. Mit-

### Wanderungen durch Neufünfland

samt Thälmann. Inzwischen aber wurde der – auch wegen der „Ordnung“? – demontiert und weggeschafft. Wohin? Darauf soll Stadtrat Carsten-Michael Röding unlängst in einer Sitzung des Bezirksparlaments geantwortet haben: „In eine stadtbekannteste Festung“. Spandau hat nur eine Festung und die war bekanntlich als Haftanstalt für die Kriegsverbrecher benutzt worden. Der Stadtrat war einst von der CDU für sein Amt vorgeschlagen worden. Ob er ein geeigneter Mann ist, muss man nach dieser Erklärung bezweifeln. Um ihm den Rücken zu stärken, meldete sich noch sein Fraktionsführer Schröder zu Wort: „Im Osten gibt es schon genug Denkmäler für Rosa Luxemburg und Ernst

Thälmann!“

Und die FDP fügte noch hinzu, Thälmann sei „auf der Zitadelle bestens aufgehoben“.

Da schnürten wir wieder unsere Wandertiefel und kehrten in die Wälder zurück. In Bergen auf Rügen genossen wir zumindest frischere Luft, wurden aber auch dort an Thälmann erinnert. Oder zumindest an die Zeit, da er gegen Elend und Armut in Deutschland kämpfte. Auf Rügen will der Demokratische Frauenbund seine Verpflegungsstätten für die fast Mittellosen umbenennen, damit man sicher sein kann, dass man auch wirklich verbrauchen kann, was in den Supermärkten wegen der nahen Verfallsdaten nicht mehr angeboten werden darf. Die aber legen auf den amtlich zugelassenen Namen „Brottafel“ wert, in Rügen hieß es bisher „Brottisch“. Nun kehrt auch hier Ordnung ein!

• **KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Die tschechischen Schülerinnen und Schüler am deutsch-tschechischen Gymnasium in Pirna sind viel disziplinierter als die deutschen, aber die Nichtdisziplin kommt langsam auch nach Tschechien.

Eine tschechische Lehrerin DLF 10. 5.

Der Ku-Klux-Klan ist bis jetzt in vier amerikanischen Staaten als gemeinnützige Organisation anerkannt.

DLF 16. 5.

In München leben 160 000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Viele davon sind Kinder.

ZDF 18. 5.

In diesen Tagen ist der 8. Band der „Kriminalgeschichte des Christentums“ von Karl-Heinz Dechner erschienen.

DLF 23. 5.

Die USA haben ein Rekrutierungsproblem, und die Zahl der amerikanischen Opfer im Irak soll nicht so hoch werden. Deshalb sind im Irak 15 000 bewaffnete private Kriegersöldner, z. T. rekrutiert von privaten Sicherheitsfirmen, aus aller Welt im Einsatz. Sie haben eindeutig militärische Aufgaben. Eine italienische Sicherheitsfirma zahlt ihren Mitarbeitern Monatsgehälter zwischen 6000 und 20 000 Euro. Einer der Italiener wurde kürzlich von Irakern exekutiert.

3sat 23. 5.

Ein großer französischer Rüstungskonzern will seine Beteiligung an der Zeitung Le Figaro von 30 auf 80 Prozent erhöhen. In naher Zukunft sind 70 Prozent aller Printmedien in den Händen der französischen Rüstungsindustrie.

DLF 24. 5.

• GEFUNDEN VON **MANFRED ERBE**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,  
04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010,  
Fax: 034205/18 062 E-Mail:  
bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet. LN zahlt keine Honorare.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
8. Juni  
Die nächste Ausgabe erscheint am  
25. Juni